

Der Deutsche Metallarbeiter

Organ für die Arbeiter und Arbeiterinnen der Metall-, Hütten- und chemischen Industrie

Ercheint wöchentlich Samstags. Abonnementpreis durch die Post bezogen vierteljährlich 1.50 M. Anzeigenpreis die Spalte, Colonne für Arbeitsgesuche 75 Pfg. Geschäfts- und Privatanzeigen 1 M.

Eigentum des Christlichen Metallarbeiter-Verbandes Deutschlands.

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Duisburg, Seitenstraße 17. Schluß der Redaktion: Montag Abend 6 Uhr. Zuschriften, Anzeigen, Abonnementbestellungen sind an die Geschäftsstelle zu richten.

Keine Inseraten-Aannahme „Echo vom Niederrhein“, Duisburg.

Die christlichen Gewerkschaften im Jahre 1913

Wie alljährlich so bringt auch diesmal das „Centralblatt“ einen eingehenden Bericht über die Tätigkeit der christlichen Gewerkschaften. Eingeleitet wird der Bericht mit einer grundsätzlichen Stellungnahme auf die wir in einem besonderen Artikel zurückkommen werden. Heute seien die markantesten Stellen des Berichtes über Mitgliederzahl, Kassen- und Unterhaltungsverhältnisse und die Streiks und Lohnbewegungen wiedergegeben. Die ungünstige wirtschaftliche Lage blieb nicht ohne Einfluß auf die

Mitgliederbewegung

In den christlichen Gewerkschaften. Schon zu Ende des Vorjahres war die Aufwärtsentwicklung immer zögernder und langsamer vor sich gegangen. Im Berichtsjahre selbst hielt nicht nur diese Tendenz an, sondern sie schlug allmählich hier und da in einen Rückgang um, der erst im laufenden Jahre zum Stillstand gebracht werden konnte. Seitdem ist es gelungen, die Bewegung wiederum auf eine aufsteigende Linie zu bringen. Darin liegt der beste Beweis dafür, daß die Störung in der Entwicklung nur eine vorübergehende war, daß die Gewerkschaftsbewegung heute stark genug ist, um auch aus der ungünstigsten Verschlebung der Verhältnisse keinen bleibenden Schaden zu nehmen und daß insbesondere der künstlich forcierte Jubel der Gelben und ihrer Brotherrn über die Schwächung der „Kampfgewerkschaften“ in den Tatsachen nicht begründet ist. Nicht der Rückgang ist das Charakteristische an der Entwicklung des Berichtsjahres, sondern die geringe Ausdehnung dieses Rückganges. Denn was befragt der Verlust von einigen tausend Mitgliedern, der zudem im laufenden Jahre längst wieder mehr als wettgemacht ist, in einer Zeit der Krise mancher Erwerbsgruppen, wobei teilweise einschneidende Neuerungen in den betriebl. Gewerkschaften vorgenommen oder wirksam wurden — in einer Zeit fobarm, wo in der Öffentlichkeit die Sozialreform allgemein und die Organisationsfähigkeit der Arbeiter insbesondere Tag für Tag gegen die wüthendsten Angriffe verteidigt werden muß!

Die christlichen Gewerkschaften zählten im Durchschnitt des Jahres 1913 insgesamt 342 785 Mitglieder gegen 344 687 im Durchschnitt des vorausgegangenen Jahres. Der Rückgang beträgt somit 1902 Mitglieder oder gut ein halbes Prozent. Am Schlusse des Jahres 1913 wurden 341 785 Mitglieder gezählt anstatt der 350 980, welche das Jahr 1912 an seinem Schlusse aufgewiesen hatte. Das entspricht einem Rückgang von 9195 gleich 2,6 Prozent.

Nachstehend eine Uebersicht über die Mitgliederzahlen der einzelnen Verbände, die eingeklammerten Zahlen beziehen sich auf das Jahr 1912. Bergarbeiter 66 652 (76 988), Bauarbeiter 43 529 (43 691); Metallarbeiter 41 732 (42 644), Textilarbeiter 38 772 (39 903), bayerische Eisenbahner 27 990 (26 785), deutsche Eisenbahner 23 579 (20 941), Holzarbeiter 17 741 (17 280), Fabrik-, Verkehrs- und Hilfsarbeiter 10 963, Keram- und Steinarbeiter 8434 (7411), Heimarbeiterinnen 8385 (8188), Tabakarbeiter 6714 (7388), Lederarbeiter 6189 (5756), Schneider 5071 (4742), Gemeinbearbeiter und Straßenbahner 4261, württembergische Eisenbahner 4112 (3886), Maler 4359 (4514), Nahrungs- und Genussmittel-Industriearbeiter 3869 (2168), Gasthausangestellte 3512 (2773), Forst-, Land- und Weinbergsarbeiter 3177, Gutenbergbund 3389 (3239), Telegraphenarbeiter 2878 (3302), Graphischer Zentralverband 2544 (1993), Militärhandwerker und Arbeiter 2716, Krankenschwäger 1798 (1620), Gärtner 930 (819). — Weibliche Mitglieder hatten die christlichen Gewerkschaften im letzten Jahre 27 623. Ihre Zahl ist auch etwas zurückgegangen, sie betrug im Jahre vorher 28 008.

Es fällt sofort auf, daß die absolut stärksten Rückgänge einzelne der größten Verbände betroffen haben. Von Jahresdurchschnitt zu Jahresdurchschnitt gerechnet, gestaltete sich die Entwicklung der einzelnen Verbände wie folgt: Es gewannen die deutschen Eisenbahner 2688 Mitglieder, die bayerischen Eisenbahner 1205, die Keram- und Steinarbeiter 1023, die Gasthausangestellten 739, der graphische Zentralverband 551, die Holzarbeiter 461, die Lederarbeiter 413, die Nahrungs- und Genussmittelindustriearbeiter 401, die Schneider 329, die württembergischen Eisenbahner 226, die Heimarbeiterinnen 197, die Krankenschwäger 178, der Gutenberg-Bund 150, die Gärtner 120; dagegen verloren die Bergarbeiter 10 336 Mitglieder, die Textilarbeiter 1131, die Metallarbeiter 912, die Tabakarbeiter 674, die Telegraphenarbeiter 424, die Bauarbeiter 162 und die Maler 155. Der ehemalige Verband der Staats-, Gemeinde-, Verkehrs-, Hilfs- und sonstiger Industriearbeiter hatte im Durchschnitt des Jahres 1912 17 856 Mitglieder gezählt. Demgegenüber standen im Durchschnitt des Jahres 1913 die Verbände der Fabrik-, Verkehrs- und Hilfsarbeiter mit 10 963, der Gemeinbearbeiter und Straßenbahner mit 4261, der Forst-, Land- und Weinbergsarbeiter mit 3177 und der Militärhandwerker und Arbeiter mit 2716 Mitgliedern. Diese Gesamtzahl von 21 117 Mitgliedern bedeutet somit eine Zunahme um 3261 im Vergleich zu der Mitgliederzahl des ehemaligen Sammelverbandes, so daß die Zerlegung des Verbandes, schon nach dem Ergebnis des ersten Jahres der Tätigkeit der getrennt arbeitenden Verbände zu urteilen, sich durchaus bezahlt hat.

Sieht man von diesen besonderen Verhältnissen ab, so ergibt sich, daß die Entwicklung im Berichtsjahre ihre abnehmende Tendenz in der Hauptsache durch den Rückgang einiger großer Verbände erhält. Soweit sich an den bisher bekannten

gegebenen Einzelzahlen sozialistischer Gewerkschaften feststellen läßt, liegt dort die Sache ähnlich und zwar, wenn man vom Bergbau abläßt, infolge der Tatsache, daß die wirtschaftlichen Rückschläge die freien und die christlichen Gewerkschaften der betr. Gewerbe etwa gleichmäßig betroffen haben. In einzelnen Fällen allerdings, so im Metall- und Holzgewerbe, sind die sozialistischen Gewerkschaften weit schlechter weggekommen, als die christlichen. Was den Gewerkeverein christlicher Bergarbeiter anbelangt, so hat dieser im Berichtsjahre eine radikale Kur durchgemacht, die für die Gestaltung seiner Verhältnisse eine plausible Erklärung gibt. Trotz der überaus schwierigen Situation, in der sich der Gewerkeverein nach dem Streik im Jahre 1912 befand, hat er keinen Augenblick gezauert, zu seinem Ziel rücksichtslos die Konsequenzen aus den bei jenem Streik gemachten Erfahrungen zu ziehen. Eine der Lehren der Bewegung im Bergbau vom 1912 war, daß Bewegungen in dieser Industrie erst dann mit Aussicht auf Erfolg durchgeführt werden können, wenn, außer in der gewerkschaftlichen Erziehung der Mitglieder und der Sympathie der öffentlichen Meinung, die Arbeiter einen starken Rückhalt in einer kräftigen finanziellen Position haben. Infolgedessen beschloß die auf den Streik folgende erste regelmäßige Generalversammlung des Gewerkevereins eine durchgreifende Beitragserhöhung. Betragen die Beiträge 1912 noch 10, 15, 20 und 40 Pfg., so werden jetzt, neben den Beiträgen der Augenblicklichen usw. von 10, 15 und 20 Pfg., Staffelleistungen von 30 Pfg. bis zu einer Mark erhoben, die den meisten Mitgliedern 60 und 70 Pfg. Wochenbeitrag auferlegen. Eine solche Veränderung, die in ihren Ansprüchen an die Opferwilligkeit der Mitglieder geradezu einer Umwälzung gleichkommt, konnte gar nicht spurlos vorbeigehen.

Ein Gegenstück bildet das Textilgewerbe. Die textilindustrielle Krise hat sowohl im freien wie im christlichen Lager die Mitgliederbewegung ungünstig beeinflusst. Aber nicht nur diese Tatsache an sich wirkte in diesem Sinne, sondern im christlichen Textilarbeiterverband zugleich auch die dadurch notwendig gewordene Einschränkung der Arbeitslosenunterstützung. Für ihn kam ferner dazu die kruppelose Verheerung der Arbeiter durch den sozialistischen Verband, unterstützt durch die lebhaft nachdrängende sozialdemokratische Parteipresse bei Gelegenheit der Krupp'schen Färbereibewegung; dann der Verdächtigungskampfbau, den die Broschüre des ehemaligen Verbandsbeamten Köhling gegen den Verbandsvorsitzenden inszenierte und den der freie Verband in seiner bedrängten Lage gierig aufgriff, wiederum unter tatkräftigstem Beistand der sozialdemokratischen Parteipresse.

Gemeinschaftlich betroffen wurden der christliche und auch der sozialdemokratische Verband im Metallgewerbe. Grobheftenindustrie und Bergbau sind in den letzten Jahren systematisch darauf ausgegangen, die Oeffentlichkeit über ihre unerkennbar günstige Lage hinwegzutäuschen, was, unter gewerkschaftlichem Gesichtswinkel betrachtet, auf eine Beeinträchtigung des Resonanzbodens für gewerkschaftliche Aktionen hinausläuft. Die Gründung und Förderung gelber Werksvereine ist das Mittel, um diese Tendenz insbesondere auch gegenüber der Arbeiterschaft zu verstärken. Auf die Dauer allerdings wird sich selbst die geduldigste Arbeiterschaft dagegen auflehnen, dann nämlich, wenn sie der Vergleich mit der Entwicklung der Arbeitsbedingungen außerhalb des eigenen Betriebes darüber belehrt, daß sie der eigenartigen modernen „Wohlfahrtspflege“ das eigene Vorwärtskommen hat zum Opfer bringen müssen. Für einzelne Betriebe, z. B. für Krupp, legt dies ein einfacher statistischer Vergleich schon heute überzeugend klar.

War die Arbeitslosigkeit im Baugewerbe allgemein außerordentlich groß, so erreichte sie im Holzgewerbe einen in letzter Zeit kaum je gekannten Grad. Der christliche Holzarbeiterverband hatte im Dezember auf je 100 Mitglieder, 8,1 Arbeitslose, der sozialistische Verband gar 11,01. Während aber letzterer verschiedene tausend Mitglieder im Berichtsjahre verlor, konnte der christliche Holzarbeiterverband trotz allem einen Zuwachs von einigen hundert Mitgliedern verzeichnen. Von der Arbeitslosigkeit außerordentlich bedrückt wurde auch der Malerverband, der außerdem die Folgen des großen, von den Arbeitgeberern verführten Tarifkampfes zu tragen hatte, was ihm, ebenso wie dem betr. sozialistischen Verbände, einen verhältnismäßig empfindlichen Mitgliederverlust eintrug.

Unter Konjunkturerfahrungen hatte schließlich ganz besonders der Tabakarbeiterverband zu leiden. Anstatt der früheren billigen Zigaretten kommt immer mehr der Konsum von Zigaretten in Schrank. Der Druck auf die Arbeitslöhne hat ein ständig stärkeres Uebergehen zur Verwendung weiblicher Arbeitskräfte zur Folge, während die Arbeiter sich vielfach anderen Berufen zuwenden. Die Werbearbeit des Verbandes wird dadurch immer mehr erschwert und zwar auch unter den Arbeiterinnen, die leichter dem Lohnruck ausgesetzt sind und sich schwerer zur organisierten Gegenwehr aufraffen.

Kassenverhältnisse

Läßt die Mitgliederbewegung unbefriedigt, obgleich sie durchaus erklärlich ist, so bietet hingegen die Entwicklung der Kassenverhältnisse ein umso erfreulicheres Bild. Als die Wirtschaftskonjunktur vor der letzten, noch andauernden Konjunkturperiode im Jahre 1908 ihren tiefsten Stand erreicht hatte, waren die christlichen Gewerkschaften die einzige von den drei Richtungen der deutschen Arbeiterbewegung, die, neben dem allgemeinen Mitgliederverlust, nicht auch noch an Einnahmen eingebüßt hatte. Die christlichen Gewerkschaften konnten vielmehr damals eine statische Stärkung ihrer Finanzkraft buchen. Auch diesmal wieder hat ihnen die Wirtschaftskrise zwar Mitglieder entzogen, aber finanziell stehen sie im Berichtsjahre, im Vergleich zum Vorjahre, erheblich gekräftigt da.

Sie vereinnahmten insgesamt 7 177 764 Mark gegen 6 608 350 Mark in 1912, somit 569 414 Mark mehr. Allerdings sind die Ausgaben unter der Einwirkung der Depression sehr erheblich gewachsen, nämlich von 5 222 727 Mark in 1912 auf 6 102 688 Mark in 1913, d. h. um 879 961 Mark. Dennoch schneit die Summe der Vermögensbestände wieder um mehr als eine Million in die Höhe, indem sie von 8 575 658 M. (1912) auf 9 682 796 M. im Berichtsjahre, d. h. um 1 107 138 Mark, anwuchs.

Was die Summen der einzelnen Einnahme- und Ausgabe-posten anbelangt, so bietet ein Vergleich mit dem Vorjahre das folgende Bild:

	1912	1913
Einnahmen:		
Aufnahmegebühren	50 860	43 834
Beiträge	5 966 965	6 308 245
Extrabeiträge	39 151	35 296
Sonstige Einnahmen	551 368	790 389
Ausgaben:		
Verbandsorgane	549 978	571 236
Agitation	670 429	775 638
Streik- und Gemäßregelunterstützung	654 323	989 631
Reise- und Arbeitslosenunterstützung	201 223	285 755
Krankengeld	761 293	816 682
Sterbegeld	205 083	206 413
Rechtschutz	116 703	131 707
Sonstige Unterstütlungen	57 611	68 450
Persönliche Verwaltungsausgaben	170 754	191 959
Sachliche	259 936	304 040
Bibliothek und sonstige Bildungszwecke	133 267	42 322
Beitrag an den Gesamtverband	93 382	95 693
Anteil der Lokalkassen	1 145 722	1 192 429
Sonstige Ausgaben	203 028	430 733

Wie die Gegenüberstellung der Einnahmen zeigt, wuchs die Summe des Berichtsjahres in der Hauptsache aus den regelmäßigen Beitragsleistungen an. Trotz des Rückganges in der Mitgliederzahl wurden nämlich, genau wie das im vorhergehenden Jahresbericht im Vergleich zum Jahre 1911 festgestellt werden konnte, auch im Berichtsjahre wiederum rund 340 000 Mark mehr an Beiträgen geleistet. Das Anwachsen der sonstigen Einnahmen ist hauptsächlich durch das Konto des Gutenberg-Bundes verursacht, in dessen Hauptkasse die Vermögensbestände der bisher von der Berliner Ortsgruppe verwalteten Berliner Witwen- und Frauenvereine, zugleich natürlich mit den Ansprüchen der Mitglieder dieser Kasse, übertrugen. Unter den Ausgaben stehen mehrere Posten hervor, jedoch nur solche, deren Erklärung sich im Hinblick auf die eigenartige Struktur des Berichtsjahres ohne weiteres ergibt. Daraus erklärt sich das Anwachsen der Reise- und Arbeitslosenunterstützung. Man vergegenwärtige sich, daß allein der Holzarbeiterverband 72 000 M. Arbeitslosenunterstützung auszahlen mußte gegen 34 000 M. im Vorjahre. Ganz erheblich, nämlich um rund 335 000 M., ist die Summe der Streik- und Gemäßregelunterstützung gestiegen. Hier war es zunächst der Textilarbeiterverband, der, gemessen am Vorjahre, rund 175 000 M. mehr zu verausgaben gezwungen war, was die starke Inanspruchnahme durch einige größere Lohnbewegungen mit sich brachte. Auch Metall-, Bau- und Holzarbeiter leisteten erheblich mehr, wie ferner für eine Anzahl kleinerer Verbände das Berichtsjahr recht bewegt war. Dann aber kostete den Malerverband die große Tarifbewegung rund 100 000 M. mehr als alle seine Bewegungen des vorausgegangenen Jahres. Die übrigen Unterstütlungsarten wuchsen im Verhältnis der natürlichen Steigerung der Ansprüche der Mitglieder an. Eine Verschiebung weist von den verbleibenden Posten nur noch die Rubrik Bibliothek und sonstige Bildungszwecke auf, was hauptsächlich in einer anderen Verteilung der hier einschlägigen Ausgaben des Gewerkevereins christlicher Bergarbeiter begründet liegt.

Wird der Betrag der Streik- und Gemäßregelunterstützung außer Betracht gelassen, so ergibt sich eine Erhöhung der Gesamtsumme der ausbezahlten Unterstütlungen um fast 170 000 M. im Vergleich zum Vorjahre. Die Jahre wirtschaftlichen Drucks bringen für die Finanzkraft der Gewerkschaften recht starke Belastungsproben, die nur Verbände mit gesunder Grundlage und starker Finanzgewinn auszuhalten vermögen. Bis auf das Jahr 1905 zurückgeführt, zeigt die Verteilung der Ausgaben auf die Streikunterstützung emerjents und die übrigen Unterstütlungsarten andererseits das nachstehend verdeutlichte Verhältnis:

Jahr	Insgesamt	Streik- u. Gemäßregelunterstützung	Sonstige Unterstütlungen
1905	1 233 321	1 000 329	233 001
1906	1 364 105	853 495	510 670
1907	1 451 748	743 270	708 478
1908	1 401 385	424 992	976 393
1909	1 703 473	489 023	1 214 450
1910	2 393 775	1 239 500	1 154 275
1911	2 442 945	1 199 598	1 243 347
1912	1 995 236	654 323	1 341 913
1913	2 498 638	989 631	1 509 007

Lohnbewegungen, Streiks und Aussperrungen

Im allgemeinen konnte mit der Aufbesserung der Konjunktur in den Jahren 1910—1912 ein Anwachsen der Streikziffer festgestellt werden, das im Jahre 1913 unter dem Druck der Verschlechterung des Arbeitsmarktes (verstärkt durch die nachschiebende Zuwanderung ausländischer Arbeiter und die immer mehr anscheinende Konkurrenz der Frauennarbeit) wieder nach-

Bei den christlichen Gewerkschaften dagegen zeigt das Berichtsjahr in wichtigen Positionen gegen das Vorjahr eine größere Lebhaftigkeit. Das hängt allerdings mit der anders gearteten Zusammensetzung der christlichen Gewerkschaftsbewegung, verglichen etwa mit der sozialistischen, zusammen, soweit es sich um die zahlenmäßige Bedeutung der durchweg eher von Streiks erfassten Berufe für das Ganze der beiden Gewerkschaftsrichtungen handelt.

Die Gesamtzahlen der Lohnbewegungen und der an denselben Beteiligten zeigen im Berichtsjahre, gemessen an den Zahlen des Vorjahres, eine fast gleichmäßige, und zwar recht erhebliche Steigerung auf. Damals hatten sie 1184 bzw. 53 623 betragen, diesmal aber stellen sie sich auf 1506 bzw. 95 529. Entscheidend beeinflusst ist diese Entwicklung allerdings auch im vorliegenden Falle wieder durch den Anteil der Bauarbeiter, die 42 136 Mann in den Bewegungen hatten gegen nur 3885 im Jahre vorher. Steht man von ihnen ab, so ist die Veränderung gegenüber dem Vorjahre nicht besonders wesentlich. Letzteres trifft auch zu für den Anteil der friedlich verlaufenden Bewegungen an der Gesamtzahl, nur daß hier das ohnehin bereits überaus günstige Verhältnis der Vorjahre nochmals wieder eine kleine Verbesserung erfahren hat. Betrug nämlich der Anteil der friedlich verlaufenden Bewegungen im Jahre 1911 schon 69 Prozent mit 84 Proz. der Beteiligten und im Jahre 1912 gar 70 Prozent mit 78 Prozent der Beteiligten, so stellt er sich im Berichtsjahre auf annähernd 77 1/2 Prozent mit wiederum 78 Prozent der Beteiligten. Das ist bei den zum Teil recht tief eingreifenden Kämpfen des Berichtsjahres jedenfalls von größtem Belang.

Am übrigen verdienen auch in diesem Jahre wieder einige Verschleppungen, die den Charakter der nicht friedlich verlaufenden Bewegungen betreffen, aufmerktsame Beachtung. Es ergaben sich folgende Vergleichszahlen:

Table with 4 columns: Anzahl, Beteiligte Personen, 1912, 1913. Rows: Angriffstreiks, Abwehrtreiks, Aussperrungen.

Es ist also nur bezüglich der Zahl der Kämpfe, daß, wie auch in den Vorjahren, die Angriffstreiks eine größere Unterlegenheit zu verzeichnen haben. Hinsichtlich der Zahl der Kämpfer dagegen ragen die Aussperrungen auffallend stark hervor. Nur das Vorjahr brachte eine Unterbrechung. Das Ergebnis des Berichtsjahres beweist, daß wir damals mit Recht vor ellfertigen Schlussfolgerungen aus dieser Unterbrechung warnten. Genau so, wie in den früheren Jahren, haben auch im Berichtsjahre wieder die Vertikalarbeiter die ürgsten Stöße auszuhalten müssen; neben ihnen sodann die Maler.

Ueber die Ursachen, die Anlaß zu den Bewegungen boten, unterrichtet die nachfolgende Aufstellung. Gegenüber den Vorjahren ist infolgedessen eine Ergänzung eingetreten, als diesmal auch die friedlich verlaufenden Bewegungen berücksichtigt sind. Gründe für den Eintritt in die Bewegungen waren:

Table with 2 columns: Anzahl d. Fälle, 1912, 1913. Rows: Forderungen höheren Lohnes, Forderungen verkürzter Arbeitszeit, Eine Verbindung beider Forderungen, Abwehr von Verschlechterungen, Sonstige Ursachen.

Lohnforderungen sind es zunächst und in erster Linie, die die Arbeiter in den Kampf führen; daneben dann das Streben nach verkürzter Arbeitszeit. Das ist und bleibt der Kern der gewerkschaftlichen Tätigkeit und es ist nur selbstverständlich, daß das Berichtsjahr in seinen Zahlen einen neuen Beleg dafür bietet.

Die Verhältnisse im Baugewerbe nehmen eine immer stärkere Zuspitzung auf den Schiedspruch an. Daher kommt es, daß die Bewegungen mehr in ihrer Gesamtheit erfaßt, als einzeln ihren Ursachen nach zerlegt werden. Recht bemerkenswert ist sodann die im Vorjahre bereits zahlenmäßig von uns belegte Tatsache, daß die Zahl der zur Durchführung von Tarifverträgen erforderlichen Streiks eher als abnimmt. Die Bauarbeiter verzeichnen im Berichtsjahre 62 solcher Streiks, die Vertikalarbeiter 5, die Fabrik-, Verkehrs- und Hilfsarbeiter 6, die Keram- und Steinarbeiter 1, die Lederarbeiter 3, die Nahrungs- und Genussmittelindustriearbeiter 1 und die Gärtner 1.

Der Ausgang der gewerblichen Kämpfe im Berichtsjahr weicht zwar vom Vorjahre nicht gerade wesentlich ab, doch ist das stärkere Ueberwiegen der günstigeren Note unverkennbar. Näheres möge die nachstehende Tabelle erweisen:

Table with 5 columns: erfolgreich, teilweise erfolgreich, erfolglos, 1912, 1913. Rows: Angriffstreiks, Abwehrtreiks, Aussperrungen.

Vor allem sind es die Angriffstreiks, die durch ihren für die Arbeiter vorteilhafteren Ausgang auffallen. Weit günstiger kommen diesmal sodann die Aussperrungen weg. Die in der allgemeinen amtlichen Statistik neuerdings unterstrichene Tendenz des Ueberwiegens der teilweisen Ergebnisse, die wir im vorigen Jahre ebenfalls hervorhoben, kommt im Berichtsjahre entschieden weniger zur Geltung.

„Die christlichen Gewerkschaften“, heißt es zu Schluß des Berichtes im Zentralblatt, „werden ungeachtet dieser Widerstände, die ihre Mission findet, an ihrem Werke, das ein wirkliches Versöhnungswerk ist, weiterarbeiten. Sie haben sich niemals der Illusion hingeegeben, das, was in Jahrzehnten gesündigt worden ist, in einigen Jahren von Grund auf ändern zu können. Aus der Gestaltung der Verhältnisse im Berichtsjahre haben sie die Ueberzeugung gewonnen, daß trotz allem die Logik der Tatsachen in ihrem Sinne entscheiden wird. Nicht fatalistisch warten wir diese Entwicklung ab, sondern wir sind bereit, jeder zu unserer Seite mitzuwirken, daß der Prozeß des Umbauens sich durchzieht und das Ziel einer ehrlichen, redlich ausgeführten sozialen Annäherung allgemeine Geltung erlangt. Gerade jetzt, wo die Gegenläufe gewaltig auf die Spitze getrieben werden sollen, ist der Zeitpunkt gekommen, daß unser Volk von selbst auf den Ausweg gedrängt wird, der sich ihm in dem christlichen Gewerkschaftsgebäude darbietet.“

Der Bericht im „Zentralblatt“ enthält noch wesentliche Ausführungen aus der Organisationspraxis, auf die wir, wie auch auf die Schlussbemerkungen, noch zurückkommen werden.

Aus den bayerischen Staatshüttenwerten

II.

Am Anschluß an die Rede des Abgeordneten Bühler die wir in der vorigen Nr. zum Ausdruck brachten, machte Abgeordneter Göring folgende Ausführungen:

„Meine Herren! Ich werde mich bemühen, bei meinen Ausführungen einen etwas ruhigeren Ton anzuschlagen, weil das den Arbeitern mehr nützt. Zunächst möchte ich nun bemerken, daß ich bei meinen Ausführungen, die ich über die Arbeiterverhältnisse der Berg-, Hütten- und Salinenwerke im Auftrage meiner Fraktion zu machen habe, auch im Namen meiner Parteifreunde Frank-Weiden, Steets und Baumann spreche, weil es ihnen durch die Kontinuitierung der Rednerliste unmöglich gemacht ist, die ihnen vorgetragenen Wünsche hier persönlich zu vertreten.“

Im Finanzausschusse hat zwar der Herr Generaldirektor, nachdem diese Wünsche, die noch nicht erfüllt sind, vorgetragen worden waren, kurzerhand erklärt, daß, wenn alle Forderungen erfüllt werden sollten, man am besten tue, die Werke zu verkaufen oder zu schließen. Ich muß schon sagen, daß mich dieser Ausdruck des Herrn Generaldirektors doch etwas bestrebt hat. Ich meine denn doch, daß das nicht gerade so gemeint sein will, was der Herr Generaldirektor eigentlich ausgesprochen hat; denn die Wünsche, die vorgetragen worden sind, sind an sich nicht derartig, daß sie nicht bei gutem Willen nach und nach der Erfüllung entgegengeführt werden könnten. Man kann sich des Eindruckes nicht erwehren — wenigstens wird das in Arbeiterkreisen vertreten — daß durch die neue Generaldirektion oder vielmehr durch den Eintritt neuer Beamten auf unseren Staatswerken der Grundsatz vertreten werde, diese dadurch rentabel zu machen, daß man eine Kürzung der Arbeitslöhne vornimmt. In Amberg, Bodenwöhr und anderen Werken hat man das ja probiert, damit aber sehr viel Unzufriedenheit hervorgerufen.

In Weidacherhammer wird dann ganz besonders geklagt — da wird man wohl den Herrn Generaldirektor um Auskunft bitten dürfen — daß ein Verdienstentgang von 300 M. im Jahre zu verzeichnen sei. Man kann das fast nicht glauben. Ich möchte also bitten, uns darüber Aufschluß zu geben, wie das kommt und ob das wirklich richtig ist. Besonders den Formern in Weidacherhammer hat man den Akkordlohn verkürzt. Die Klagen, die hierüber vorgetragen werden müssen, sind also nicht derartig, daß man sagen kann, es sind kleine Vorkommnisse, die doch nicht so ausflagelgebend für den einen oder anderen Arbeiter sind. Die Sache ist doch schon derartig wichtig, daß wir allen Grund haben, sie unserer Bergwerksverwaltung nachdrücklich vorzutragen und um Abstellung zu ersuchen.

Dann die Akkordarbeiten in den Hüttenwerken! Da sind ebenfalls Klagen eingelaufen, daß Abzüge gemacht werden. Wenn sich die Hüttenarbeiter dann hierüber beschwerten, wie das in Sonthofen und Amberg vorkam, erklärt die Werksleitung: „Wenn es Ihnen nicht paßt, um diesen Preis zu arbeiten, dann habe ich für Sie keine andere Arbeit, Sie können sich um einen anderen Platz umsehen.“ Wenn das Arbeitern geschieht, die 15 und 20 Jahre auf solchen Werken sind, so macht es auf den Arbeiter einen sehr deprimierenden Eindruck, wenn man ihn so gering einschätzt, daß man ihm sofort, wie man im Volksmunde so sagt, den Bittel vor die Füße wirft. Die Arbeiter sind darauf angewiesen, ihre Arbeitsstelle zu behaupten und sind es ihrer Familie und sich selbst schuldig, auch einen anständigen Lohn zu haben. Daher dürfen sie doch einmal fragen, wie das kommt, daß man ihnen in einem fort hohe Abzüge macht.

Bei Akkorddifferenzen bin ich weiter der Anschauung, daß hier doch die bewährte Einrichtung des Arbeiterausschusses mehr beachtet werden sollte. Daß sich die Arbeiterausschüsse im allgemeinen bewährt haben, ist auch im Finanzausschusse von der Bergverwaltung anerkannt worden. Daher wäre es doch im Interesse gegenseitiger Verträglichkeit richtig, wenn die Bergwerksverwaltung oder die Werksleitungen bei solchen Differenzen den Arbeiterausschuss zunächst einmal hören und mit ihm verhandeln würden. Ich bin fest überzeugt, daß die Arbeiterausschüsse im eigenen Interesse und im Interesse ihrer Kollegen eine Einigung herbeizuführen versuchen würden. Das wäre sicherlich nicht zum Schaden der betreffenden Werke.

Auch aus Bodenwöhr ist mitgeteilt worden, daß dort ein besonders großer Lohnrückgang infolge des großen Fehlgusses zu verzeichnen ist, der auf dem Werke vorgekommen ist. Die Arbeiter behaupten, daß der verwendete Sand daran schuld sei. Die Arbeiter sind der Ueberzeugung, daß, wenn da Wandel geschaffen würde, das Ergebnis ein ganz anderes wäre. Jetzt sind derartige Fehlgüsse zu verzeichnen, daß man wirklich davon sprechen kann, daß sie eigentlich auf einem geordneten Betriebe, der auf einem finanziellen Erfolg reihen muß, nicht vorkommen sollten. Die Arbeiter haben sich in dem Punkte, weil ihr Lohn dadurch zurückgegangen ist, indem sie für diese Fehlgüsse nichts bezahlt bekommen, beim Hüttenamte beschwert. Die Sache wurde aber einfach ab acta gelegt; die Arbeiter sind nicht gehört worden. Die Arbeiter haben dann, wie das auch ihr gutes Recht ist, ihre Presse befragt und die Verhältnisse im „Metallarbeiterverband“ geschildert. Daraufhin ist die Sache selbstverständlich in Fluß gekommen. Der Werksleiter hat die Arbeiter kommen lassen, nicht aber, um ihnen zu sagen, daß er ihre Wünsche berücksichtigen wolle, sondern um von ihnen zu erfahren, wer die Sache in die Öffentlichkeit gebracht hat. So, das kann man heutzutage keinem Arbeiter mehr verdenken, daß er, wenn er in geordneter Weise seine Beschwerden an der betreffenden Stelle vorbringt und ihm kein Gehör geschenkt wird, die Öffentlichkeit in Anspruch nimmt. Es wäre zweifellos auch in diesem Falle doch besser gewesen, man hätte den Arbeitern Gehör geschenkt und die wären auch in dem Falle zufrieden gewesen.“

Der Redner wendete sich weiter gegen Feierschichten und Entlassungen und ersucht diese letzten wir nur möglich zu vermeiden. Von der Kammer gefassten Beschlüssen des X. Ausschusses bittet er mehr Beachtung entgegen zu bringen, und verzitt nachdrücklich die Fortsetzung der Achtstundenfrist für die Hochzeitsarbeiter, und Bergwerke.

Die 14tägige Lohnanzahlung wurde sowohl vom Abg. Göring wie auch vom Abg. Bühler verlangt. Zur Bekanntgabe der Schlichter führt Abg. Göring noch aus:

„Bezüglich der Entlohnung möchte ich noch eine Feststellung dem Herrn Generaldirektor unterbreiten. Er hat im Finanzausschusse mitgeteilt, daß Lohnsteigerungen bis zu 50 Proz. vorgekommen seien. Die Konkurrenz lasse eine weitere Steigerung der Löhne nicht zu, aber auch nicht die Rückstufung auf die Privatbetriebe. Ich habe vorher schon nach der Richtung einige Sätze ausgesprochen, ich brauche gar nicht weiter mehr darauf zurückzukommen. Ich will nur anfügen, wenn man

diese Lohnsteigerungen seit 30 und 40 Jahren herleitet, so mag diese Aufstellung richtig sein, trifft aber keineswegs in der Höhe zu. Wenn man schon Lohnrückgängen, wie in Bodenwöhr, um 300 M. jährlich — bei einem geringen Arbeitsverdienste — zu verzeichnen hat, ist eine Lohnsteigerung von 50 Proz. nicht gut herauszurechnen. Herr Generaldirektor! Ferner möchte ich auch der Ushängung der Lohnabellen das Wort reden. Unsere Arbeiter verlangen heute, daß auf den Werksanlagen sogenannte Schichtlohnabellen aufgehängt werden. Vorhin ist schon erwähnt worden, daß der junge Arbeiter, wenn er eine bestimmte Reihe von Arbeitsjahren hinter sich hat, doch auch gerne wissen will, wann er eigentlich in eine höhere Lohnklasse aufrückt, wann ihm eine höhere Lohnbewilligung nach der Lohnordnung zuteil werden soll. Das ist eine ganz berechtigte Forderung. Auf den preussischen Gruben ist das eingeführt. Ich will das nicht nochmals wiederholen, ich habe hier ähnliche einschlägigen Bestimmungen von Arbeitsordnungen von Privatgruben. Dort wird es gemacht und deshalb kann es auch bei uns gemacht werden. Es ist das notwendig, weil diese Unregelmäßigkeit dazu führen kann, daß die Arbeiter von der Gunst der Beamten abhängig gemacht werden. Die einen Leute bekommen diese Lohnzahlung gleich, wenn sie die Lehzzeit hinter sich haben, die anderen müssen wieder warten, bis der Beamte eine Vorrückung im Lohne zugesteht. Es ist nur eine geordnete Geschäftsführung, wenn man hier sagt: Nach Ablauf von so und so viel Jahren oder am Ersten des nächsten Monats rückt der Arbeiter in die höhere Lohnklasse auf. Der Mann weiß dann: Wenn der nächste Zahltag kommt, habe ich die Lehzzeit hinter mir, dann habe ich einen höheren Lohn, und zwar um so und soviel mehr, zu erwarten. Das muß man dem Manne gewährleisten, ohne daß er weitere Forderungen zu erfüllen hat.

Weiter wollen die Arbeiter auch nichts davon wissen, daß die Werksleitung immer selbst noch ihrerseits Arbeiter in die Arbeiterausschüsse hineinbringt. Es besteht da unter den Arbeitern ein gewisses Mißtrauen und das könnte beseitigt werden, wenn die Arbeiter ihren Ausschuss selbst wählen würden. Sie haben nachher das Gute oder Schlechte ihrem Arbeiterausschusse zu verdanken. Wenn aber von der Werksleitung zugewiesene Arbeitervertreter in den Ausschüssen sitzen, haben die Arbeiter immer den Verdacht, daß es solche sind, die den Werksleiter in manchen Fällen gegen die Interessen des einzelnen unterstützen.“

(Wie wenig die Beschwerden des Landtages berücksichtigt werden, zeigt folgendes Beispiel.)

In Weidacherhammer hat man nach langem Drängen zugelassen, daß Arbeiter, die ihren Schichtlohn erfahren wollen, im Wilro fragen sollten. In einer Versammlung erklärten die Kollegen, ich mag nicht erst ins Wilro gehen und bitten. Die Kollegen haben hier einen Fehler gemacht. Sie hätten alle vorgehen müssen. Die Art der Bekanntgabe muß allerdings als kleinlich bezeichnet werden. D. B.)

Abg. Göring wendete sich dann noch gegen die willkürliche Veränderung der mit dem früheren Bergmeister vereinbarten Arbeitszeit. Der Arbeiterausschuss sei berufen in solchen, wie auch in allen anderen das Arbeitsverhältnis betreffenden Fragen gehört zu werden.

Belbe Redner trat für Verbesserung der Urlaubsverhältnisse ein und übten Kritik am Straffsystem, das sogenannte Ablegen sollte unter keinen Umständen mehr Platz greifen. Die folgenden Redner brachten keine wesentlich neuen Gesichtspunkte mehr vor. Ueberdies hatten sich die Fraktionen geeinigt, nur je einen Redner sprechen zu lassen, weshalb zuletzt nur noch der Generaldirektor zu Wort kam, auf dessen Ausführungen in der nächsten Nr. eingegangen werden soll.

Volkswirtschaftliche Rundschau

In unserer letzten Rundschau waren wir in der angenehmen Lage, von einer erheblichen Besserung des Arbeitsmarktes im April berichten zu können. Seine Lage war so, daß sie sich kaum von der im entsprechenden Monat des Vorjahres unterschied. Zwar kann man ohne Zwang sagen, daß auch der Arbeitsmarkt im Mai sich nicht wesentlich von dem im Mai 1913 unterschiedet, gegen den Vormonat aber hat er zweifellos eine, wenn auch nur kleine Verschlechterung gebracht. Auf 100 offene Stellen kamen im Mai d. J. 172 Arbeitsgesuche männlicher Arbeiter gegen 161 im Mai des Vorjahres und 166 im April. Auch der weibliche Arbeitsmarkt hat gegen den Vormonat eine kleine Abschwächung erfahren, ist aber durchaus gleich dem vom Mai des Vorjahres. Auf 100 offene Stellen kamen im Mai 1913 100 Arbeitsgesuche gegen 94 im April.

Ungünstiger hat sich der Arbeitsmarkt in der Metallverarbeitung und der Industrie der Maschinen usw. entwickelt. Sowohl gegen den Mai des Vorjahres wie gegen den April ist eine Verschlechterung eingetreten. Obgleich die industrielle Lage im Mai sich nicht wesentlich von der im gleichen Monat des Vorjahres gestaltet hat, kann die Lage des Arbeitsmarktes mit jenem leider nicht gleichgesetzt werden. Auf 100 offene Stellen kamen im April d. J. 263 Arbeitsgesuche männlicher Arbeiter gegen 217 im April 1913, im Mai d. J. dagegen 286 Arbeitsgesuche gegen nur 229 im Mai des Vorjahres. Der Arbeitsmarkt für Arbeiterinnen hat sich im Mai gegen den Vormonat nicht geändert, weist auch gegen den entsprechenden Monat im Vorjahr nur eine geringe Abschwächung auf. Auf 100 offene Stellen kamen im Mai 181 Arbeitsgesuche gegen die gleiche Zahl im April und gegen 190 im Mai 1913. Bei dem Vergleich des Arbeitsmarktes mit anderen Monaten ist wohl zu beachten, daß die Vergleichbarkeit sehr beschränkt ist, die angeführten Zahlen geben daher höchstens ein Bild von der allgemeinen Tendenz, die aus dem Arbeitsmarkte herrscht.

Das letzte Mal wurde schon hervorgehoben, daß die Syndikationsbestrebungen in unserer Industrie sehr lebhaft eingeleitet haben. Der Kampf der großen Gemischtwerke gegen die kleinen Werke ist so heftig geworden, daß deren Existenz auf dem Spiele steht. Aber auch den großen Werken ist die Konkurrenz untereinander höchst verderblich; die neu entstandenen Werke jagen einen Markt für ihre Produkte und sie scheuen kein Mittel, um ihn zu gewinnen. Ein verderblicher Preisdruck ist die Folge. Recht Wunder, daß sich Große und Kleine nach geregelter Zuständen sehnen, wie sie eben allein nur ein Kartell geben kann. Im Gegensatz zu früheren Verhandlungen und Bestrebungen gehen diese jetzt auf die Kartellierung der gesamten Industrie hinaus. Nachdem der Stahlwerksverband nach seiner Erneuerung lediglich die Syndizierung der U-Produkte unternahm, glaubte man, daß sich die einzelnen Industrien in besondern Verbänden zusammenschließen würden. Heute besteht eine derartige Hoffnung nicht mehr. Man weiß, daß ein solcher Zusammenschluß auf die Dauer an der Gesamtlage der Industrie gar nichts ändern würde. Eine Kartellierung in einem Produk-

tionsschwel, mit der natürlich die Begrenzung der Produktion verbunden wäre, hätte zur Folge, daß sich die einzelnen Werke dann mit aller Kraft auf die Erzeugung der nicht kartellierten Produkte werfen würden. Auf der einen Seite wäre wohl eine Besserung ermöglicht, auf der anderen aber wieder eine Verschärfung der Lage die unausbleibliche Folge. Man ist daher heute allgemein zu der Ueberzeugung gekommen, daß entweder nur eine Kartellierung aller V-Produkte erfolgt oder überhaupt keine. Wenn in den letzten Tagen gemeldet wurde, daß die Röhrenindustrie zu einer Einigung gekommen sei, so ist das kein Widerspruch. Denn der Verband wurde nur provisorisch geschlossen und seine Verlängerung von der Bedingung abhängig gemacht, daß auch die übrigen Industrien zu einer Einigung kämen.

Das ist das Charakteristische an den diesmaligen Bestrebungen, daß die einzelnen Produktionskartelle ganz anders wie bisher mit einander verknüpft sein sollen. Das geht so weit, daß sogar ein Werk seinen Beitritt zum Kohlenyndikat bei seiner etwaigen Erneuerung von der Verlängerung und der Gründung der Kartelle in der Röhren- und Eisenindustrie abhängig gemacht hat. Bereits liegt ein Vorschlag eines Werkes vor, der die Verknüpfung auch in der Gewinnverteilung zum Ausdruck bringt. So sehr es auch zu begrüßen wäre, wenn die Industrie auf diese Weise zu geordneten Zuständen käme, so wenig darf man vergessen, daß dadurch die Gefahr eines Monopols in bedenkliche Nähe gerückt wird. Die Gefahr liegt schon darin, daß, wie vorgeschlagen, sämtliche Werke die Verpflichtung eingehen sollten, innerhalb der Syndikatsdauer keine neuen Anlagen zu schaffen. Ein Produktionsstopp der Werke müßte in der gleichen Richtung wirken. Der neue, vom Direktor Eich von den Mannesmannwerken, gemachte Vorschlag läßt sich darüber folgendermaßen aus: „Der Produktionsstopp vom Stahlwerksverband gegenüber den reinen Walzwerken und von den reinen Walzwerken gegenüber dem Stahlwerksverband, andererseits der reinen Walzwerke und der Stahlwerksverbandswerke unter sich, müßte vollkommener werden. Sämtliche Syndikatswerke müßten die Verpflichtung übernehmen, im neuentstehenden Wettbewerb die Lieferung von Rohstoff oder Halbzeug nur im Einvernehmen mit den V-Verbänden zu liefern.“

Sollten diese Vorschläge Wirklichkeit werden, wäre tatsächlich die Konkurrenz im Entstehen unmöglich gemacht. Ob ein derartiger Zustand für das deutsche Wirtschaftsleben gerade wünschenswert erscheint, ist doch noch sehr fraglich. Bis jetzt sind die Verhandlungen mit Ausnahme der Röhrenindustrie noch zu keinem greifbaren Resultat gekommen. Der „gute Wille“ der Beteiligten wird so oft betont, daß man nachgerade an dem endlichen Erfolg zweifeln muß. Man weiß, daß die Schwierigkeiten, die sich ihm entgegenstellen recht groß sind. Sie liegen in erster Linie in den Quotenansprüchen der einzelnen Werke. Zwar die alten Werke haben sich beschreiben gelernt, und wenn es auf sie allein ankäme, wären die Verhandlungen wohl schon erledigt. Aber die Quotenansprüche der neuen Werke werden im allgemeinen als unannehmbar bezeichnet. Sie können und wollen sie natürlich nicht nach ihrem bisherigen Absatz, sondern nach der Produktionsmöglichkeit bemessen haben. Sogar diese Forderung durch, so müßten die Quoten der alten Werke gekürzt werden, wenn die Kartellierung überhaupt noch einen Sinn haben soll; aber dafür sind natürlich diese nicht zu haben.

Die Röhrenerzeugung Deutschlands, die bisher mit der allgemeinen Konjunkturentwicklung in einem gewissen Widerspruch stand, läßt nun doch ein gewisses Aufkommen erkennen. Der Rückgang vollzieht sich zwar nur langsam, aber an ihm selbst ist kaum mehr zu zweifeln. Die Röhrenproduktion betrug im April 1,534 Millionen Tonnen, sie stieg im Mai auf 1,607 Millionen, um im Juni wieder auf 1,531 Millionen Tonnen zu sinken. Keiner von den drei genannten Monaten erreichte die Produktionsziffer des entsprechenden Monats im Vorjahr. Der April blieb mit 54,272 Tonnen oder 3,42%, der Mai mit 55,838 Tonnen oder 2,18%, der Juni mit 78,435

Tonnen oder 4,87% hinter den gleichen Monaten des Jahres 1913 zurück. Daß auch die arbeitstäglige Produktion unter diesen Umständen zurückgeht, ist selbstverständlich. Sie betrug im April 51,147, im Mai 51,845 und im Juni 51,044 Tonnen gegen 52,957, 53,000 und 53,658 im Vorjahr. Der Versand des Röhrenverbandes war im Juni so gering wie noch in keinem Monat dieses Jahres. Betrag er doch nur 70,30% der Beteiligung gegen 78,94 im Mai und 91,87 im Juni 1913. Für den starken Rückgang des Verbandes macht man die Inventurarbeiten in den verschiedenen Betrieben verantwortlich.

Wir konnten in der letzten Rundschau von einer günstigen Entwicklung des Ausfuhrgeschäftes berichten. Im Mai ist nun ein Rückschlag eingetreten. Die Einfuhr von Eisen betrug 54,947 Tonnen gegen 48,168 im April, die Ausfuhr dagegen hat sich von 636,652 Tonnen im April auf 467,460 vermindert. Der Ausfuhrüberschuß beträgt demnach nur noch 412,513 Tonnen gegen 588,484 im April. Der Rückschlag in dem ersten Monat kamte aber das günstige Bild, das der Außenhandel seit Beginn dieses Jahres bietet, nicht verwischen.

Der Verband des Stahlwerksverbandes weist im Juni eine kleine Steigerung auf. Er betrug insgesamt 555,000 T. Rohstahlgemisch gegen 552,872 im Mai. Hinter dem Juni 1913, der einen Versand von 605,570 Tonnen brachte, bleibt der Versand im Berichtsmontat allerdings erheblich zurück. Der Versand an Halbzeug ist unbedeutend zurückgegangen, der von Formeisen dagegen stärker, während in Eisenbahnbaumaterial eine beträchtliche Steigerung gegen den Vormonat eingetreten ist, die aber den Stand vom entsprechenden Monat im Vorjahr nicht wieder einholen konnte.

Mit dem 30. Juni endet das Geschäftsjahr des Stahlwerksverbandes. Der Gesamtversand stellte sich in ihm auf 6,114,150 Tonnen gegen 6,520,300 im Geschäftsjahr 1912/13. Der Versand bleibt also um 406,150 Tonnen hinter dem vorigen Geschäftsjahr zurück, keine allzu große Zahl, wenn man bedenkt, daß dieses zum großen Teil in die Zeit der ausgesprochenen Hochkonjunktur fiel. Der Versand von Halbzeug betrug 1,638,000 Tonnen gegen 1,824,600 im Vorjahr, von Formeisen 1,726,000 Tonnen gegen 2,082,000 und von Eisenbahnmaterial 2,748,670 Tonnen gegen 2,882,220. Der Ausfall am Gesamtversand wäre demnach bedeutend größer, wenn das Geschäft in Eisenbahnmaterial sich nicht so günstig entwickelt und manches von dem Ausfall in Halbzeug und Formeisen wieder eingeholt hätte.

Ueber die Lage unserer Industrie ist im Allgemeinen recht wenig Neues zu sagen. Fast überall ist es ziemlich ruhig. Wie oben schon berichtet, wurde ein Röhrenyndikat vorläufig bis 15. August geschlossen. Die erste Tätigkeit bestand in einer Erhöhung der Röhrenpreise für das Ausland, während die für das Ausland auf der bisherigen Höhe belassen wurde. Eine Belebung des Röhrenmarktes ist durch die neue Syndikatsbildung nicht eingetreten — ganz natürlich, da sich die Händler bei den billigen Preisen vorläufig mit genügenden Mengen eingedeckt haben. Da das Syndikat nur bis 15. August abgeschlossen ist, ist wohl kaum anzunehmen, daß vorher größere Mengen als unbedingt notwendig zur Bestellung kommen, wenn anders nicht die für die Verlängerung des Syndikats gesetzte Bedingung vorher eintreten sollte. Es ist bemerkenswert, daß man gerade in Händlerkreisen den neuen Syndikatsbestrebungen sehr skeptisch gegenüber steht.

Wie aus dem Obigen schon hervorgeht, liegt der Röhrenmarkt ruhig. Auch der Halbzeugmarkt ist wenig lebhaft, wenn die Werke auch noch genügend beschäftigt sind. Das Geschäft in Trägern und Formeisen wird als bedeutend bezeichnet, obwohl die Brautätigkeit noch nicht überall mit der wünschenswerten Lebhaftigkeit eingesetzt hat. Der Eisenmarkt ist nach kurzer Belebung und Befestigung wieder ruhiger geworden, die Preise haben nachgegeben. Die Beschäftigung der Werke ist befriedigend aber nicht überall gleichmäßig. Grobblech- und Feinblechmarkt klagen un-

ter ungünstiger Preisbildung, wobei die Lage für den letzteren aber immer noch günstiger ist als für den ersteren.

Die Lage der Werkzeugmaschinenfabriken kann als günstig bezeichnet werden. Für sie ist es ein besonderes Vorteil, daß das Ausland gerne von ihnen kauft. Abgesehen davon, daß die Qualität der deutschen Werkzeugmaschinen besser ist als die englische oder amerikanische, gehen die deutschen Maschinenfabriken ganz anders auf Spezialwünsche ein als die amerikanischen, die nur gewohnt sind, von jeder Maschine einige Typen herzustellen.

Die Lage der Industrie im Ausland — Belgien, Frankreich und England — unterscheidet sich von der deutschen nicht wesentlich, höchstens, daß da oder dort noch größere Geschäftsaufblühe herrscht als bei uns.

Die Werkmeister und die Gelben

Daß die gelben Werkvereine durch Unternehmerrgelt ausgeschlossen werden und den Zweck haben, die Arbeiter dazu zu erziehen, daß sie ihren vorwärtsstrebenden Arbeitskollegen in den Rücken fallen, ist allgemein bekannt. Kein sozial fortschrittlich denkender zweifelt daran, daß die gelben Werkvereine die Interessen des Kapitals wahrzunehmen haben und nicht die der Arbeiter. Einer anderen Deutung ist der sogenannte gelbe Wirtschaftstreiben auch nicht fähig. Es ist auch verständlich, daß Volkskreise, denen die mit hohen Mauern umgebene Großindustrie ein Buch mit sieben Siegeln ist, sich wundern, daß die Gelben, die doch keine Arbeiterinteressenvertretung sind, doch Zulauf finden. Sagt man zur Aufklärung, daß der gelbe Grundstock aus jenen Elementen bestünde, an denen es in der Industrie nie fehlte, und die durch „Willfährlichkeit“ zu ersetzen suchten, was ihnen an Können gebricht, und daß der übrige Teil der Gelben nur durch Terror zusammengebracht und zusammengehalten wird, dann spielen die gelben Gift und Galle. Daß es trotzdem so ist, beweist die „Werkmeisterzeitung“ (Nr. 27), das Organ des mehr als 60,000 Mitglieder zählenden Werkmeisterverbandes. In dem Artikel der „Werkmeisterzeitung“ wird bitter geklagt über den Terror, durch den die Werkmeister in die gelben Werkvereine gepreßt würden. In der „Werkmeisterzeitung“ ist zu lesen:

„Wermehrer Arbeitswilligen ist die Parole der Arbeiterverbände. Wir allerdings rufen nicht nach einem vermehrten Schuge der Arbeitswilligen, da die gesetzlichen Vorschriften vollkommen ausreichen, um etwaige Uebergriffe der Arbeiter bei Ausperrungen auf das richtige Maß zurückzuführen. Wir verlangen heute etwas ganz anderes! Nämlich den Schuge der Werkmeister gegen den Terrorismus im Betriebe, der sich heute überall breit macht, der heute dem tüchtigen Werkmeister das Leben verleidet, ihm die Arbeitsfreude nimmt. Dabei handelt es sich nicht um die freien, christlichen und Streich-Dundertischen Gewerkschaften, sondern um den Terrorismus, den die Werkvereine ausüben bezw. die Personen im Betriebe, die die Schutzpatrone der Werkvereine sind. Darunter leiden am allermeisten die Werkmeister, bei denen man von vornherein eine neutrale Stellung den verschiedenen Arbeitergruppen gegenüber erwartet. Aber nicht nur die Werkmeister sind es, die darunter zu leiden haben, sondern die technischen und Bureauangestellten der Fabrikbetriebe, bei denen auch alles geschieht, um sie zu Mitgliedern der Werkvereine zu werden.“

Keinerlei Zweifel besteht heute darüber, daß die Werkvereine keine selbständigen Gebilde sind, die aus Anregungen der Arbeiter allein heraus geboren wurden. Die Werkvereine sind von den Arbeitgebern völlig abhängige Arbeitergruppen: die Mittel stammen zum größten Teile aus dem Betriebskapital der Arbeitgeber, also nicht aus den Beiträgen der Werkvereiner. Diese spielen im Etat der Werkvereine eine außerordentlich untergeordnete Rolle. Von vornherein sollte man nun meinen, daß es ganz selbstverständlich ist, daß der Werkmeister, der

Die Formgestaltung des Automobils!

Die werkkünstlerischen Bestrebungen finden auch beim Automobil schon bestimmte Anknüpfungspunkte. Es kommt ihnen zu statten, daß hier eine Verbindung von Maschine und Wagen gegeben ist, bei der nicht wie bei der Lokomotive an den Wagen fast nur noch die Räder erinnern, sondern die außerdem in der Karosserie einen wesentlichen Teil der alten Kutsche bewahrt hat, mithin einen ungeschlossenen Raum zeigt, wie ihn der architektonisch oder kunstgewerblich gestaltende Künstler auch sonst im Großen und Kleinen zu gestalten gewohnt ist. Nur ist allerdings die Karosserie nicht loszulösen von dem die Maschinerie tragenden Gestell, dem Chassis, und muß diesem mehr oder minder angepaßt sein, und insofern wäre trotzdem die Tätigkeit des Künstlers beengt, wenn nicht seinen Bestrebungen ein weiterer Umfang entgegenkäme: mehr und mehr hat, allein unter dem Einfluß technischer Notwendigkeiten, das Chassis Formen angenommen, die organisch und auch dem ästhetischen Bewerber schon erscheinen. Wie so oft in der Technik hat der Ingenieur durch immer exaktere Arbeit, durch fortschreitende „paarschulfige“ Verbindung der Maschinenteile dem Werkkünstler vorgearbeiten. Und unmittelbar ist damit auch die Karosserie, der nicht rein technische Wagenteil zu einem Gebilde geworden, aus dem sich etwas Organisches schaffen läßt, etwas das dann auch den technischen Wert des Ganzen rückwirkend erhöhen muß.

Ueberblickt man die, eine Entwicklung von mehr als hundert Jahren aufweisende Typenreihe des Kraftwagens, so drängt sich die Plumpheit der Uhnen des heutigen Automobils als erste Eigenartigkeit auf. Wie man die ersten Lokomotivkessel auf nur wenig verstärkte Wagengeflechte montierte, wie man die Eisenbahnen anfangs in Form der alten Postkutschen baute, so wurde auch der — zunächst ausschließlich durch Dampf angetriebene — Kraftwagen zuerst als Kutsche mit angefügter Maschinerie ausgeführt. Daß schon die andere Art des Antriebes der Räder, von innen her durch Lieberhebungen statt durch äußeren Zug, eine andere Bauweise des Untergestells verlangte, sah man zunächst nicht. Die Maschinerteile wurden, so gut es geht, vor oder hinter dem Gestell angeordnet, oder sie wandert unter den Wagenkasten, der in folgebesseren hoch hinaufzuckte, und mit dem auch die beiden hinteren Räder gegenüber den vorderen in die Höhe wachsen. So, etwa in Trevithicks und Wivians Aufsehen erregender Dampfmaschine von 1801, aber auch noch in Serpollets weit vollkommenere Dampfautomobil von 1891. Geschlossener wirken die die Dampfmaschine für Ueberlandfahrten, die namentlich in England in der Mitte des Jahrhunderts schon sehr verbreitet waren, wenigstens diese Geschlossenheit z. T., wie bei dem Church'schen Automobil von 1833, sehr an die Massivität großer Dampfmaschinen erinnert. Es ist auch nicht weiter erstaunlich, wenn abgesehen von den technischen Unzulänglich-

keiten mit diesen ersten Dampfmaschinen rein formal kein besseres Ergebnis erzielt wurde. Schon die Notwendigkeit eines Dampfzylinders, und ständiger Feuerung schloß eine leichte Anpassung der Maschinerteile an Gestell und Karosserie, ein Verschwinden derselben nach außen hin fast aus.

Unders beim Benzinautomobil, das mit dem einfacheren und leichteren Gasmotor arbeitet, der keine Feuerung braucht und geringeren Raum beansprucht. Wenn trotzdem auch hier die Entwicklung gleichsam von vorne anfang, so hängt dies mit dem, nicht nur der Technik eigentümlichen Vorgang der anfänglichen Akkommodation neuer Typen an alte zusammen.

Die ersten Daimler-Wagen, die um 1885 erschienen, führten also wie die Dampfmaschinen den Motor unter den rückwärtigen Sitzen, Vorder- und Hinterräder lagen, wie beim gewöhnlichen Wagen noch nahe beieinander, die Uebertragung erfolgte durch Zahnräder und Riemen, die Karosserie war die eines offenen Wagens mit hochliegendem Führerfeld, als warte das Gefährt nur auf die Pferde. Dann aber setzt, angepörrt durch die Automobilrennen, die Arbeit des Konstruktors ein, und im Verlauf noch nicht eines Menschenalters entsteht ein fast gänzlich neuer Wagentypus. Der Motor wandert nach vorn und wird durch eine längliche Haube abgedeckt, die Vorderräder folgen und werden mit samt den entsprechend angeordneten Hinterrädern kleiner, geschmeidiger durch die Gummireifen und kräftiger im Bau, während ihr Antrieb nun durch Ketten und Wellen erfolgt. Der Führer rückt von seinem hohen Sitz über dem Vorderrad gegen die Wagenmitte, und gleichzeitig wird der ganze Wagen niedriger und länger. Damit war die Entwicklung des Chassis im wesentlichen vollendet. Bei der Karosserie blieb vor allem das technische Problem der stärkeren Anspannung der äußeren Form, das davon nicht zu sondern ist, einer geschlosseneren Bauart, die auch das Kastenmäßige des Wagens, die letzte Erneuerung an die Kutsche, überwindet. Hier setzt nun die jüngste Entwicklung ein.

In der Prinz Heinrichstypen war zuerst der Forderung nach Berücksichtigung des Luftwiderstandes Rechnung getragen worden. Die Karosserie erhielt Torpedoform, die Motorhaube und der eigentliche Karosseriekörper bildete fast eine einzige geschlossene Fläche. Aber der Wagen kehrte den Keimtypus allzu sehr heraus, die Führung der Limen, namentlich im rückwärtigen Teil erschien plump und war auch dem Luftabfluß noch nicht ganz zweckmäßig angepaßt. Es mußte für die Karosserie eine geschlossener, zugleich den neuen technischen Ansprüchen genügende Form gefunden werden.

Es ist charakteristisch, daß als erster ein Künstler, der Maler Ernst Neumann sich diese Aufgabe stellte und eigenartig löste. Reklameentwürfe für Automobilfabriken, in denen er die Linien des Wagens zu wichtiger Erscheinung

zusammenführte, wurden für ihn der Anlaß, den Wagen selbst diese Gestalt zu geben. So entstand die Kreuzer-Karosserie der Austro-Daimlerwerke. Sie nimmt bewußt die Anlehnung an den Schiffstypus auf, gibt dem Vorderteil, der Motorhaube, gestreckte Torpedoform, dem rückwärtigen, leicht und gefällig anliegenden Teil die Gestalt eines nach hinten ausgelegenen Heckes, wodurch nicht nur ein schöner, kräftiger Abschluß, sondern auch ein günstiger Windablauf erzielt wird. Das amerikanische Verdeck wird in eingezogenem Zustand in die Karosserie versenkt, ist infolgedessen vor Schmutz geschützt und befindet zugleich die Geschlossenheit des Wagenkastens nicht mehr durch Uebertragen. Geschämmertes Kupferblech umkleidet den eigentlichen Karosseriekörper. Noch wichtiger in der Erscheinung wirkt die Panzerkarosserie, die der Künstler für die Delmenhorster Wagenfabrik Karl Tömmles entwarf. Hier ist darauf Rücksicht genommen, daß sich zur Ausstattung des Wagens, wie sie der Wagenbauer liefert, noch alle möglichen, von den Zubehörs-Branchen gelieferten Teile gefellen, wie Werkzeugkasten, Pneumatik, Gepäckträger für die Koffer, und daß diese Gegenstände mit samt den Koffern meist auch die günstigste und schönste Bauart der Karosserie im praktischen Gebrauch wieder aufheben. So wurden nun vor allem zwei Hochkörper zu beiden Seiten des Sitzraumes angeordnet, die das Gepäck aufnehmen. Das Trittbrett verschwindet durch sie für den Anblick von außen völlig, nicht zum Nachteil der Gesamtgestaltung, die nun erst ganz die eines einzigen Körpers wird. Eine glatte Fläche, nur am Anfaß der Motorhaube etwas eingezogen, zieht sich auf jeder Seite vor den Kolligeln des Hinterrades bis zum Vorderrad. Der Luftstrom findet keinerlei Widerstand mehr an vorstehenden Flächen und Kanten, der Staub keine Ecken, in denen er sich festsetzen kann. Die Sitze haben, wie auch schon bei der Kreuzerkarosserie, der die Panzerkarosserie im rückwärtigen Teile entspricht, eine breite Vorderwand neben sich, wodurch der Eindruck eines Schiffs noch verstärkt und die Bequemlichkeit erhöht wird. Schon diese Beispiele, denen sich allmählich weitere zugesellen werden, vermögen zu lehren, wie fruchtbar auch in praktischer Hinsicht in der Automobilindustrie ein Zusammenarbeiten des schauend erfassenden Künstlers und des rechnenden, technischen Verstandes bereits geworden ist. Gefühl für lineare und Raumhaftigkeit verband sich mit praktischem Blick und die Folge war nicht nur schönere, sondern zugleich zweckmäßigere Typen. Die Kölner Werkbundschau wird, indem sie dies noch deutlicher erkennen läßt, hoffentlich damit auch das Vorurteil vieler Fabrikanten endgültig entkräften, die noch immer die hier gegebenen neuen Anregungen und infolgedessen auch den kaufmännischen Nutzen verkennen, den sie aus der Mitarbeit des sachlich denkenden Künstlers ziehen können. Sie wird sich damit sowohl um die ästhetische wie um die rein technische Weiterentwicklung des Automobils verdient machen.

Prinzipalgestellte, an sich nicht die geringste Ursache für die Mitgliedschaft zu werden, daß es auch nicht im Betriebsinteresse liegt, wenn die Angehörigen nähere Beziehungen zu reinen Arbeitervereinen unterhalten, sich diesen Arbeitervereinen als Mitglieder anschließen.

Der Werkmeister muß allen Gewerkschaften gegenüber vollkommene Neutralität beobachten. Zu der gleichen Neutralität ist er dem Werkverein gegenüber verpflichtet. Bei beiden Arbeitergruppen muß er als Vorgesetzter gelten, nicht aber als Mitglied und Kamerad, wie das heute in den Werkvereinen der Fall ist. Nur dann, wenn er überall als Vorgesetzter gilt, als solcher auch betrachtet und geschätzt wird, kann er den mannigfachen Verpflichtungen nachkommen, die der Betrieb an ihn stellt. Besonders ist es allerdings, daß viele Werkmeister nun meinen, daß sie die Gunst des Arbeitgebers am besten erringen, wenn sie nun möglichst tüchtige Mitglieder der Werkvereine sind, wenn sie ihrerseits auch die Arbeiter nach allen Richtungen zu züchten — das ist der richtige und hier allein passende Ausdruck — damit sie sich dem Werkvereine als Mitglied anschließen. Für den Werkmeister darf einzig und allein die Arbeitsleistung den Ausschlag geben. Eine gute Arbeitsleistung muß er im Interesse des Arbeitgebers fordern. Von diesem Gesichtspunkte muß er die Arbeiterarbeit beurteilen, nicht aber die Beurteilung davon abhängig machen, ob die Arbeiter Mitglieder des Werkvereins sind oder nicht. Ein Druck nach dieser Richtung hin ist absolut unzulässig. Der Ausdruck „Blutapfelwein“, der heute gang und gäbe ist, zeigt deutlich, daß eine ganze Menge Werkvereinsmitglieder vorhanden sind, die nur dem Namen nach Werkvereinsmitglieder, im übrigen aber Gewerkschafter sind, also nur dem Zwange und dem Drucke folgen, wenn sie sich dem Werkvereine anschließen.

In dem Artikel der „Werkmeisterzeitung“ wird dann auseinandergelegt, wie den Meistern durch die verschiedensten Dinge und offenkundige Mißstände die Freude an der Arbeit vergällt wird. Hinzukommt, daß der Werkmeister als Mitglied des gelben Werkvereins machtlos sei gegen die Annahmen seiner gelben Vereinskollegen. Mit Leuten, denen er kurz vorher in der Werkstätte einen berechtigten Ruffel erteilt habe, müsse er in der gelben Versammlung kollegial verkehren und ihnen zuprosten. Wörtlich heißt es:

Der Arbeiter, der mit dem Werkmeister im Werkvereine ist nimmt sich alles mögliche heraus, ohne daß der Werkmeister imstande ist, sich gegen die allzu große Kollegialität und Intimität seines Werkvereinsgenossen zu wehren. Dazu sind in manchen Fällen die Mittel, die man braucht, um die Werkmeister zu Mitgliedern der Werkvereine zu gewinnen, nichts weniger als vornehm, durchweg unerfreulich, oft sprechen sie allen guten Sitten Hohn. Den Arbeitgebern sind sie zweifellos zum Teile unbekannt, da die Organe der Arbeitervereine, die die Förderung der Werkvereine sich zur Aufgabe machen, den Arbeitgebern reinen Wein nicht einschenken. Stets übt man auf den Werkmeister in der einen oder anderen Art einen Druck aus, droht ihm mit der Kündigung, mit Entlassung usw., stellt ihm zuweilen auch keine Lohnaufbesserung in Aussicht, versetzt ihn in Abteilungen, die allgemein als Strafposten gelten, kurz und gut, übt einen Druck auf seine Ueberzeugung aus, der durchaus unzulässig ist.

Die Folge dieses Zwanges wäre, sagt die „Werkmeisterzeitung“, daß die Meister als Werkvereiner nicht die Interessen des Unternehmers wahrnehmen könnten und kein offenes Wort riskieren dürften, wenn es das Interesse des Betriebes erfordere, d. h. mit anderen Worten: die Zugehörigkeit des Meisters zum gelben Werkverein verdirbt den Charakter. Manche Meister traten schließlich, um allen Schwierigkeiten aus dem Wege zu gehen, dem Werkverein bei. Dagegen macht nun die „Werkmeisterzeitung“ sehr scharf Front, indem sie weiter schreibt:

Der Ausdruck „Rußpreuße“, der für solche Angestellte geprägt ist, sagt zudem ohne weiteres, worum es sich handelt, wie in solchen Werkvereinen gearbeitet wird. Hört man das von den beteiligten Personen, ist es geradezu haarsträubend, welche Mittel manchmal angewendet werden, um das Rückgrat der Werkmeister, auf die der Arbeitgeber angewiesen ist, zur Nachgiebigkeit zu zwingen. Die von ihm hergestellten Produkte werden getadelt, überall findet man etwas anzufassen, das auch dann, wenn die Arbeiten, die der Werkmeister früher lieferte, absolut einwandfrei waren. Die Mitglieder der Werkvereine machen dem Werkmeister allerhand Schwierigkeiten, nur um ihn zum Beitritt zu zwingen. Oft werden gute Arbeiter in der Abteilung, die der Werkmeister angeleitet hat, auf die er sich verlassen kann, nach und nach in andere Betriebe veretzt, nur damit seine Arbeit nicht mehr einwandfrei ist, damit ihn bewiesen wird, daß er nicht mehr den gestellten Anforderungen entspricht. Es ist auch nichts Seltenes, daß dem Werkmeister mit der Kündigung gedroht wird, wenn er dem Werkverein nicht beiträgt. Das sind Zustände, wie sie schlimmer nicht gedacht werden können.

Manchmal scheint es ja, daß der Arbeitgeber von diesen Dingen nicht unterrichtet ist. Dann sind es aber die Direktoren oder Oberingenieure, die man glauben darf, sie durch Erörterung der Werkvereine, durch Sammlung einer möglichst großen Mitgliederzahl dem Arbeitgeber gegenüber darzulegen müssen, bezw. dem Vorstand der Aktiengesellschaft zeigen wollen, daß ihrerseits alles geschieht, um die wirtschaftlich-friedlichen Arbeitervereine, damit die wirtschaftlich-friedliche Bewegung zu führen. In den Arbeitgeberkreisen werden aber schon Stimmen laut, die das Anwachsen der Werkvereine mit Sorge verfolgen. Die Werkvereine werden zum Bewußtsein ihrer Kräfte kommen, wenn erst einmal Hochkonjunktur ist, der Arbeitgeber also nicht allein mit den wirtschaftlich-friedlichen Vereinen zu tun hat, sondern auch andere, in Gewerkschaften organisierte Arbeiter berücksichtigen muß.

Wer wollte angefaßt dieses Notleidens des Werkmeisterorgans noch daran zweifeln, daß die Meister in die gelben Vereine gepreßt werden. Und, so fügen wir hinzu, geschieht es auch mit den Arbeitern. Dagegen sollen und müssen alle aufrechten und standesherren Arbeiter ebenso Front machen wie die Meister. Das Mittel dazu war zwar den aufrechten Arbeitern nicht unbekannt, trotzdem ist nicht nebenbei, was die „Werkmeisterzeitung“ ihren Mitgliedern zu tun empfiehlt, sie sagt:

Der Werkmeister muß Mitgliedern der Gewerkschaften genau so unparteiisch wie Mitgliedern der Werkvereine gegenüberstehen. Heute ist aber die Kündigung eines antwortlichen, widerpenflichen Mitgliedes der Werkvereine fast unmöglich. Wäre sie wirklich ausgesprochen, dann würde sie vom Vorgesetzten einfach zurückgenommen. So schützt man die Unabwägbarkeit die Autorität des Werkmeisters! Natürlich können sie sich auch selbst schützen, erklären sie sich selbständig, sonstigen sie einfach den Beitritt zum Werkverein. Überall da, wo das geschieht, heißt das auch unzulässig.

Die Ausführungen der „Werkmeisterzeitung“ zeigen wie die Gelben ihre Mitglieder zusammenbringen und zusammen-

halten, und es ist gut, daß dieses von Wissenben, und zu diesen gehören die Werkmeister, vor aller Welt klargelegt wird. Eine Bewegung, die wie die Gelben, auf dem Terror aufgebaut ist, die dazu von ihren Mitgliedern „Wirtschafts-frieden“, d. h. Stillhalten, verlangt, kann keinen dauernden Bestand haben, weil sie ein Fremdkörper ist im Wirtschaftsleben. Mit Brot und Spielen hat man nicht einmal Heudler zusammengehalten, um wieviel schneller wird die Herrlichkeit für freie aufrechte Männer zusammenbrechen.

Allgemeine Rundschau

Die Beschuldigungen gegen den Kollegen Schümmer-Stolberg,

die im Oktober 1913 zu einer etwa achtstägigen Verhaftung Schümmer führten, und die von der sozialdemokratischen, Hirsch-Dunckerischen, gelben Werkvereinspresse und vom Berliner „Arbeiter“ weidlich ausgebeutet wurden, haben sich jetzt, nach mehr wie dreiwerteljährigem Untersuchungs-Verfahren als unhaltbar erwiesen. Der badener Staatsanwalt hat das Verfahren gegen Schümmer eingestellt und dadurch dokumentiert, daß nichts übrig geblieben ist von den Beschuldigungen. Schümmer sollte in einem Prozeß, den die Firma Prym in Stolberg gegen den christlich organisierten Arbeiter Souren führte, Zeugen beeinflussen und damit eine Eidesverletzung begangen haben.

Die Ursache des Prozesses ist zurückzuführen auf den Kampf der Gelben bei der Firma Prym in Stolberg gegen die christlichen Gewerkschaften.

Der bet Prym beschäftigte Arbeiter Souren war durch das Vertrauen seiner Kollegen als Vertrauensmann des Verbandes sowohl in den Arbeiterausschuß der Fabrik, als auch zum Beisitzer des Gewerbegerichts gewählt worden. Am 19. Oktober 1912 wurde Souren ohne Einhaltung der Kündigungsfrist entlassen. Der Abteilungsleiter Sink warf ihm vor, er habe sich zusammen mit einem anderen Arbeiter seit langen Jahren Akkordlöhne berechnet, die ihm nicht zugekommen seien. Der zweite beschuldigte Arbeiter, mit dem Souren zusammen tätig war und der in den letzten Jahren die Lohnberechnung allein gemacht hatte, wurde nicht gekündigt. Vom Abteilungsleiter wurde Souren wegen Betruges angezeigt und gegen ihn allein, nicht auch gegen den anderen Arbeiter, der doch eigentlich daselbe getan haben mußte, von der angeblich geschädigten Firma eine Schadenersatzklage angehängt. Die Staatsanwaltschaft leitete aber gegen beide ein Verfahren ein. Beide wurden von der Strafammer am 11. April 1913 freigesprochen.

In diesem Verfahren erschienen fast sämtliche Arbeiter der Firma Prym, die die gleiche Arbeit früher verrichtet hatten, als Zeugen; sie beschworen, stets auf die gleiche Art und Weise wie die Angeklagten, ihre Rechnung aufgestellt und nie andere Anweisung erhalten zu haben. Die Freisprechung der Angeklagten wurde rechtskräftig.

Im Laufe des Verfahrens hatte der Geschäftsführer der Firma Prym den Organisationsvertretern versprochen, sofern Souren freigesprochen würde, solle er wieder eingestellt werden und den ganzen Lohnausfall ersetzt erhalten. Trotz der Freisprechung wurde er aber nicht eingestellt, die Firma stellte sich vielmehr auf den Standpunkt, Souren sei zu Unrecht freigesprochen worden und betrieb die Einleitung eines neuen Verfahrens. Dabei kam ihr zu statten, daß einer der von der Strafammer vernommenen Zeugen, der gern wieder bei Prym in Stellung gekommen wäre, behauptete, in der fraglichen Strafammerverhandlung unter Eid die Unwahrheit gesagt zu haben und vom Kollegen Schümmer (Stolberg) hierzu verleitet worden zu sein. Schümmer, der als Rechtschubbeamter des christlichen Metallarbeiterverbandes unteren Mitgliedern mit Rat und Tat zur Seite zu stehen hatte, bemühte sich festzustellen, welche Arbeiter die Arbeit des Souren früher verrichtet und nach welchen Anweisungen sie gehandelt hätten. Weiter hatte er in der Sache nichts unternommen.

Auf die Aussage des erwähnten Arbeiters wurden Schümmer und Souren verhaftet, jedoch nach acht Tagen wieder entlassen. Jetzt erst, nach umfangreicher und ausführlicher Untersuchung (diese hat sich bis in die letzten Tage hingezogen) wurde das Verfahren endgültig eingestellt. Die Gründe, die dazu führten, beruhen auf der Feststellung des oben geschilderten Sachverhaltes. Nicht minder wird auch die Unzuverlässigkeit des sich selbst bezeugenden Zeugen, der sich bei jeder Vernehmung widersprach, dazu beigetragen haben. Die Firma Prym hat keinen Zeugen beibringen können, der auch nur einen der von der Strafammer vernommenen Zeugen in einem Punkte der Unwahrheit überführt hätte. Ferner hat sich aber auch herausgestellt, daß von einer Beeinflussung durch Kollegen Schümmer keine Rede sein kann, dieser hat vielmehr nichts anderes getan, als die ihm gegebenen Informationen ausgelesen, die er pflichtgemäß zur Verteidigung seiner Kollegen verwenden durfte und mußte.

Man könnte erwarten, daß die eingangs gekennzeichnete Presse, die damals mit so breitem Schwelgen, von der Verhaftung eines christlichen Gewerkschaftsleiters wegen Meineswortschuldigens berichtet, jetzt ihren Lesern den Ausgang der Sache nicht vorenthält. Wir werden abwarten.

Ausdehnung des Jugendgesetzes

Die Beschäftigung jugendlicher Arbeiter und Arbeiterinnen in Werkstätten mit Motorbetrieb und mit weniger als 10 beschäftigten Personen soll neu geregelt werden. Bis jetzt gilt für diese noch die Bundesratsverordnung vom 13. Juli 1900, nach der lediglich die Nachtarbeit Jugendlicher verboten und im übrigen nur die Beschäftigung der jungen Leute unter 14 Jahren eingeschränkt wird.

Die Ausdehnung der Bestimmungen der Par. 135—139b der Gewerbeordnung auch auf diese Betriebe, was nur durch Vergebung obiger Bundesratsverordnung möglich wäre, würde den jugendlichen Arbeitern auch in den kleineren Motorwerkstätten derselbe Schutz zuteil wie denen in Betrieben mit mehr als 10 beschäftigten Personen.

Der Staatssekretär des Innern hat wiederholt im Reichstag erklärt, daß die Schutzbestimmungen für die jugendlichen Arbeiter in Werkstätten mit Motorbetrieb erweitert werden sollten. Einzelne Handwerkskammern sind bereits von der Regierung um diesbezügliche Auswertung angegangen worden. Der Deutsche Handwerkskammerrat hat Stellung dazu genommen und sich grundsätzlich dafür erklärt. Allerdings ist auch schon eine Bewegung in Handwerkskreisen darauf gerichtet, verschiedene Ausnahmegestimmungen durchzusetzen. So wünscht man in Werkstätten des Handwerks, zu dem u. a. auch die Sattlerei gerechnet werden sollen, ganz erhebliche Einschränkungen der vorgezeichneten Schutzbestimmungen.

Leider gibt es immer noch Lehrherren, die das, was dem jugendlichen Organismus in seinen Entwicklungsjahren zugemutet werden kann, ganz erheblich überschätzen. Es wäre deshalb besser, wenn dem Wunsche nach Ausnahmegestimmungen nicht Rechnung getragen würde. Legten Endes hat doch auch jeder sozialdenkende Handwerksmeister ein Interesse daran, daß die weniger sozialgefährten Meister durch gefühlige Vorschriften an der schrankenlosen Lehrlingsausnutzung gehindert werden. Sehr häufig gibt diese Ausnutzung erst die Möglichkeit, unläuteren Wettbewerb zu betreiben. Gefühlige Schutzbestimmungen würden also auch diesen unterbinden helfen, was erheblich zur Befundung des Handwerks beitragen würde.

Hoffentlich verschließt sich die Regierung diesen Erwägungen nicht und wenn dann am 1. Januar 1915 die neuen Bestimmungen in Kraft treten, wir auf dem Gebiete des Jugendgesetzes ein Schritt vorwärts und nicht gleichzeitig wieder einen rückwärts erleben. Jedenfalls werden die christlichen Gewerkschaften dahin drängen, daß der Jugendschutz immer mehr ausgedehnt und ausgebaut wird.

Der Bauarbeiterklub in Deutschland

Unter diesem Titel ist soeben im christlichen Gewerkschaftsverlag eine Broschüre erschienen, die von der Zentralfelle für Arbeiterklub der christlichen Gewerkschaften Deutschlands herausgegeben wurde. Die Schrift will eine Einführung in das Gebiet des Arbeiterklubes in den baugewerblichen Berufen sein, auf die bestehenden Mängel in den gesetzlichen Vorschriften hinweisen und die Arbeiterklub selbst zur Ueberwindung und Pflege des Bauarbeiterklubes anregen. Die Literatur der christlichen Gewerkschaften hatte bisher noch keine Schrift aufzuweisen, die sich mit dieser Frage näher beschäftigt hätte. Diese Lücke wird durch die vorliegende inhaltreiche und lesenswerte Broschüre ausgefüllt. Der Inhalt gliedert sich in folgende Hauptabschnitte: 1. Die Entwicklung des deutschen Baugewerbes in der Neuzeit; 2. Lebens- und Gesundheitsgefahren im Baugewerbe; 3. Der Bauarbeiterklub in der Gesetzgebung, a) Reichsgesetze, b) gefühliger Bauarbeiterklub in den Einzelstaaten; 4. Zusammenfassende Uebersicht über die Bauarbeiterklubgesetze, deren Durchführung und Wirkung; 5. Die reichsgesetzliche Regelung des Bauarbeiterklubes; 6. Die Bauarbeiterklub und der Bauarbeiterklub. — Diese, 240 Seiten umfassende Schrift, die im Buchhandel 1,50 Mark und für die Mitglieder der christlichen Gewerkschaften 0,75 Mark kostet kann durch sämtliche Buchhandlungen und durch den christlichen Gewerkschaftsverlag in Köln, Venloerwall 9, bezogen werden.

Studentische Arbeiter-Unterrichtskurse

Seit einer Reihe von Jahren besteht in M.-Gladbach unter der Leitung von Dr. K. Sonnenschein aus dem Sekretariat Sozialer Studentenarbeit. Die Gründung geschah aus der Notwendigkeit heraus, die isolierte Stellung des Studententums aufzuheben und es als mitwirkendes und mitwirkendes Glied in das Volksganze zu stellen. Den jungen Gebildeten sollten Mittel und Wege gezeigt werden, wie sie ihre sozialen Pflichten erfüllen und soziale Arbeit leisten können.

Einen Hauptteil dieser sozialen Arbeit bilden die sogenannten „heimatlichen Arbeiterunterrichtskurse“, die von Studenten während der Ferien, besonders während der Herbstferien veranstaltet werden. In diesen Kursen, die in der Regel 10—14 Abende dauern, werden Volksschulstoffe, wie Rechnen, Schreiben, Lesen, Deutsch behandelt. Sehr oft ist man auch über diesen Aufgabenkreis hinausgegangen und nahm Teile aus der Staatsbürgerkunde, Literatur und Geschichte durch, die sehr viel Anknüpfung gefunden haben. Wir begrüßen diese Kurse, denn sie sind doch den Arbeitern gute Gelegenheit, ihre Volksschulkenntnisse aufzufrischen oder zu erweitern. Dabei sind die Kosten für die Abende äußerst niedrig gestellt. Sie betragen für den einzelnen Kurs fünfzig Pfennig, für die Hilfsbücher und Schreibmaterialien geliefert werden. Das notwendige Material ist zu beziehen vom „Sekretariat Sozialer Studentenarbeit“ M.-Gladbach, Kurzeckstraße 10.

Die Bewegung hat ihr hohes Ziel darin gesetzt, an der Verwirklichung der verschiedenen Kreise unseres Volkstums zu arbeiten und an dem Zusammenstoß von Hand- und Geistesarbeitern mitzuwirken. Bei diesem Streben und bei diesen Veranstaltungen können beide Teile nur lernen. Sie tragen an der Milderung der klaffenden Gegensätze bei und helfen mit, die Brücke zu schlagen, zu einer gesunden, modernen Entwicklung.

Der Zentralverband christlicher Maler

veröffentlicht seinen Rechenschaftsbericht für das Jahr 1913 in einer 24seitigen Broschüre. Durch die vorjährige große Ausperrung im Malergewerbe haben die Arbeiterorganisationen in diesem Berufe eine besonders schwere Belastungsprobe zu bestehen gehabt. Der christliche Malerverband hat diese Probe gut bestanden. Er hat das Berichtsjahr mit 4065 Mitgliedern abgeschlossen. Die Jahresertragsquote aus Mitgliederbeiträgen betrug 101 577 Mk.: gegenüber 80 788 Mk. im Jahre vorher. Die Gesamtertragsquote der christlichen Malerorganisation belief sich auf 150 733 Mk.; darunter sind 35 000 Mk., die von anderen christlichen Berufsverbänden dem Kampffonds des Malerverbandes überwiesen wurden. Die Jahresausgabe betrug 171 636 Mk.; es war mithin eine Mehrausgabe von 20 883 Mk. zu verzeichnen, was auf die gewaltigen Anforderungen infolge der Generalausperrung zurückzuführen ist. Das Vermögen der Hauptkasse belief sich am Schlusse des Berichtsjahres auf 36 384 Mk. An der großen Tarifbewegung im vergangenen Jahre war der christliche Verband mit 3600 Mitgliedern beteiligt, außerdem auch noch an 9 anderen kleineren Bewegungen. Das Ergebnis der Bewegungen war der Abschluß von 46 Tarifverträgen, von denen 37 dem Reichstarif unterstehen. Am Jahreschluß verzeichnet der christliche Malerverband insgesamt 52 Tarifverträge. Die erzielten Lohnerhöhungen betragen für die beteiligten Verbandsmitglieder in den drei Vertragsjahren 1913, 1914 und 1915 insgesamt 577 680 Mk. Dazu kommen auch noch Verkürzungen der Arbeitszeit und sonstige Verbesserungen der Arbeitsbedingungen.

Die christlichen Gewerkschaften auf der internationalen Buchdrucker-Ausstellung

Auf der Leipziger Internationalen Ausstellung für Buchgewerbe und Graphik sind auch die christlichen Gewerkschaften mehrfach vertreten. Zunächst hängen die Zeitungen der einzelnen Gewerkschaftsverbände, mit den fremdsprachigen (polnisch, holländisch, französisch, italienisch) insgesamt 31 Organe, in den entsprechenden Unterabteilungen der Gruppe Druckerei der Ausstellung aus. Ferner hat der Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften, dem 26 einzelne Berufsverbände angeschlossen sind, in derselben Abteilung der Ausstellung eine

eigene Kofe belegt, um einen zusammenfassenden Ueberblick über die literarische Tätigkeit der christlichen Gewerkschaften zu bieten. Auf dem Hintergrund der Kofe veranschaulicht eine künstlerisch ausgestattete Tafel die Idee des Zusammenschlusses der christlichen Gewerkschaften in ihrem Gesamtverbande: Das Schuß- und Trüßbündnis zur Wahrnehmung der materiellen und geistigen Interessen der christlichen Arbeiterchaft. Ueberaus wirkungsvoll deuten unterhalb der symbolischen Darstellung einige wenige Zahlenangaben im Lapidarstil darauf hin, was das Schuß- und Trüßbündnis nach der materiellen Seite bisher erreicht hat, während die Verbandszeitschriften, die sich um die symbolische Darstellung schmeigen, gleichsam einen gleichartigen Blütenkranz bilden, der aus dem Bündnis erwachsen ist. Eine Auswahl von Plakaten einzelner Verbände ergänzt das Bild harmonisch und beleuchtet die Ausprägung moderner Errungenschaften im Werbedienst der christlichen Gewerkschaften.

Das übrige, die Kofe ausfüllende Material ist eine Auswahl aus den Schriften, die aus der christlichen Gewerkschaftsbewegung hervorgegangen sind. Der größere Teil ist in mannigfaltiger Verteilung übersichtlich in Glaskästen untergebracht. Auf diese Weise erhält auch der Fernstehende einen Einblick in die geistige Werkstatte der christlichen Gewerkschaften. Vielleicht ermuntert ihn dies dazu, dieser oft noch mit so großem Vorurteil in der öffentlichen Auseinandersetzung behandelten Bewegung einmal in ihren eigenen literarischen Äußerungen etwas nachzugehen. Dabei wird ihm das für jeden Interessenten in der Ausübung bereit liegende „Literatur-Verzeichnis“ zweifellos sehr willkommen sein.

Nicht weit vom Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften hat der ihm angehörende Gutenberg-Bund eine noch größere Kofe belegt, um den Besuchern der Ausstellung ein Bild von der Wirksamkeit der viel bescheideneren Organisation der christlich-nationalen Buchdrucker zu bieten. Der Nachdruck liegt hier auf der Veranschaulichung der sozialen Selbsthilfebemühungen und des Bemühens um die fachtechnische Fortbildung der Mitglieder. Das geschieht mit Hilfe stimmungsvoller künstlerischer Darstellungen und graphischer Tabellen. Der Besucher, der wiederum eine für ihn bestimmte kurze Einführung in die Sonderausstellung vorfindet, wird auch aus dieser Abteilung manche Anregung und einen tiefen Einblick in das Tätigkeitsgebiet der christlichen Gewerkschaftsorganisation gewinnen können.

„Partei und Gewerkschaften sind eins“

Von Zeit zu Zeit, wenn sich gerade mal wieder günstige Gelegenheiten bieten, lassen die sozialdemokratischen Gewerkschaften gar fleißig ihre Neutralitätsschmelzen erdnen, um die, welche nicht alle werden, mit ihrem plumpen Sirenengefang zu ködern. Daß von Neutralität gar keine Rede sein kann, daß vielmehr „Partei und Gewerkschaften eins sind“, wurde unzähligmale nachgewiesen. In der letzten Zeit haben die roten Gewerkschaften wieder an einigen Orten treffende Beispiele gezeigt, daß „Gewerkschaft und Partei eins sind“. Das rote „Offenbacher Abendblatt“ berichtet über eine Sitzung des „freien“ Gewerkschaftskartells Wülshelm am Main und sagt dann am Schluß: „Die Präsenzliste ergab das Fehlen der Vertreter der Partei, der Maurer, der Freidenker und der Freien Sängler“. Daß diesem sonderbaren Gewerkschaftskartell neben der Partei auch die Freidenker angehören, macht den Neutralitätshungrig vollkommen.

Noch besser wird die angebliche Neutralität beleuchtet durch einen Vorfall, der sich im roten Gewerkschaftskartell Degenhausen zutrug und der drastisch zeigt, wie die sozialdemokratischen Gewerkschaften unter der Krante der Partei stehen. Dort hatte der Vorstand des sozialdemokratischen Gewerkschaftskartells ein Verkehrs- und Versammlungsklokal (den Schützenhof) angekauft. Die Parteinstanzen waren jedoch mit dieser Erwerbung nicht einverstanden; sie hintertreiben den notariellen Abschluß des Kaufvertrages und ließen, als sich Widerstand bei den Gewerkschaftlern zeigte, den „freien“ (!) Kartelloorliegenden einfach über die Klinge springen. In einer Krachversammlung, zu der sämtliche Parteigrößen des Wahlkreises aufmarschiert waren, wurde er mit schließlichem Abschied entlassen. Ueber das Ergebnis der betr. Versammlung schrieb die „Eippische Volkszeitung“ Nr. 56, 1914: „Man bedenke, vier Dauerredner und 20 Parteifunktionäre, darunter ein Redakteur der „Volksmacht“, und der sozialdemokratische Parteisekretär Schreck-Bielefeld, stragulierien in einer Kartellführung den Vorliegenden des Kartells und führen ihm zu Gemüte, daß er erst die Partei und dann erst die — anderen zu fragen hat.“

So etwas nennen die „freien“ Gewerkschaften „Freiheit“. Diese Freiheit riecht aber sehr nach russischen Verhältnissen und von der vielgerühmten „Neutralität“ der sozialdemokratischen Gewerkschaften ist kein Fegen mehr übrig geblieben.

Sozialdemokratische Nächstenliebe

Mit Pauken und Trompeten verkündet jeden Tag die sozialdemokratische Presse und mit ihr der rote Wald- und Wiesensagittator, daß Freiheit, Gleichheit, besonders aber Brüderlichkeit die Grundstüben der Sozialdemokratie seien. Dabei spielen sie sich dann als die einzig wahren Beschützer dieser drei Tugenden auf. Wie es aber in Wirklichkeit um die rote Brüderlichkeit und Nächstenliebe bestellt ist, und wie führende Genossen darin handeln, zeigt folgendes Schreiben, das das „Grazer Volksblatt“ vom 17. Mai veröffentlichte: „Laut des mit vorliegendem Pfändungsbeschlusses vom 14. Oktober 1913 hat Herr Reichsratsabgeordneter Binzenz Muchitsch (Sozialdemokrat V. K.) eine arme Witwe auf Grund des Zahlungsbefehles vom 11. April 1913, G.-Z. M. 351/13, wegen eines Mietzinsrestes von 88 Hellern und 1 Krone 48 Heller Kosten gepfändet. ... Dr. L. Kammerlander Rechtsanwält und Gemeinderat“.

Also um lumpige zwei Kronen, in deutscher Währung eine Mark sechzig, läßt ein sozialdemokratischer Reichsratsabgeordneter eine arme Witwe, die kaum weiß, wo sie von einem Tag zum andern kommen soll, pfänden. Und diese Menschen wagen es noch, sich als die Verteidiger der Armen und Unterdrückten aufzuspielen. Wenn es auch nur einen Pfennig aus ihrem eigenen Geldbeutel kosten soll, dann hört die Brüderlichkeit auf. Man scheut selbst nicht — wie der vorliegende Fall beweist, — vor sehr anrüchigen Mitteln zurück. Es ist ja noch in frischer Erinnerung, wie der Compagnon des sozialdemokratischen Parteivorstehenden Singer die Arbeiterinnen abfertigte, als sie um eine Lohnhöhung einkamen. Die vielen Klagen roter Konsumvereins-Angestellter über die unzureichenden Löhne usw. sind hinreichend bekannt.

Trotzdem schreit die Sozialdemokratie mit voller Lungenkraft täglich in die Welt hinaus: Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit, und die bedröckten Massen rufen es nach und jeden gar nicht, daß sie von den sozialistischen „Größen“ an der Nase herumgeführt werden. Wenn diese Erkenntnis den verheßten

roten Massen einmal dämmert, wird es im roten Lager furchtbar tagen. Unsere Aufgabe ist es, den Irregelerketen den rechten Weg zu weisen.

Streiks und Lohnbewegungen

Zur Beachtung. Bei allen Lohnbewegungen ist jede Woche vor Redaktionsschluß ein Bericht, wenn auch nur per Postkarte, über den Stand der Bewegung einzufenden, andernfalls fällt die Warnung vor dem Zugug fort.

Münchenern. Bei der Karosseriefabrik Wehling stehen die Arbeiter im Streik.

Breslau. Auf der Waggonfabrik Linke-Hoffmann stehen die Arbeiter im Streik.

Halle a. S. Das Maschinen- und Werkstattpersonal der Firma Döring und Lehmann Akt.-Ges. befindet sich in einer Lohnbewegung. Besonders die Gruben „Treue“, „Bismarck“, „Karoline“, „Büdenstedt“ und „Trendlenbusch“ sind zu melden. **Hamm (Westf.).** Bei den Vereinigten Hammer Herd- und Ofenfabriken vorm. C. W. Wilms stehen die Schleifer in Kländigung.

Hafpe. Bei der Firma Uckermann stehen die Former wegen Akkordabzügen im Streik.

Krefeld. Die Klempner, Installateure und Kupferschmiede stehen in einer Tarifbewegung. Die Kollegen mögen sich, bevor sie Arbeit in Krefeld annehmen, zuerst an unsere Geschäftsstelle, Weststraße 35 wenden.

München. Die Arbeiter der Karosserie- und Luxuswagenfabriken stehen im Streik.

Schloß Holte. Die Arbeiter der Fellenfabrik Artois stehen im Streik.

Sofingen. Die Waffenarbeiter sind ausgesperrt.

Blerfen. Die Arbeiter der Firma Hamm stehen im Streik.

Aus Wirtschaft und Technik

Ein Rekordjahr in der Roheisenproduktion

Die Roheisenproduktion ist in den drei Haupterzeugungsländern (Vereinigte Staaten, Deutschland und England) im Jahre 1913 wiederum mächtig gestiegen. Neue Rekordziffern können sowohl das Deutsche Reich als auch die Vereinigten Staaten aufweisen. Die amerikanische Erzeugung ist auf die Höhe von 31,2 Mill. To. gelangt, während die deutsche mit 19,31 Mill. Tonnen der 20. Million nahegerückt ist. Die deutsche Mehrezeugung belief sich auf 1440 263 To. = 8,3 Prozent, die amerikanische auf 986 103 To. = 3,5 Prozent. Die Zunahme der englischen Roherzeugung übertrifft mit 1615 488 To. = 17,9 Prozent absolut und relativ die Erzeugungszunahmen der beiden am meisten Roheisen herstellenden Länder. Jedoch muß beim Vergleich der englischen Erzeugung von 1913 mit der von 1912 berücksichtigt werden, daß die letztere einen außerordentlichen Tiefstand zeigt, der in der Hauptsache durch den englischen Bergarbeiterstreik hervorgerufen worden ist; zum Vergleich kann daher nur das Jahr 1911 mit einer Erzeugung von 10,4 Millionen Tonnen herangezogen werden und da ergibt sich für 1913 eine Zunahme von 233 438 Tonnen = 2,2 Prozent. Diese Zahlen sind bei der außerordentlich langsamen Aufwärtsbewegung der englischen Roheiserzeugung, die nun schon seit mehr als einem Jahrzehnt andauert, weiter nicht demunderlich. Die Roheisenproduktion entwickelt sich in den letzten Jahren folgendermaßen:

Jahr	Vereinigte Staaten von Amerika	Deutschland	England
1913	31 214 513	19 309 172	10 646 838
1912	30 228 310	17 868 909	9 031 850
1911	24 204 215	15 579 229	10 413 400
1910	27 250 000	14 793 325	10 217 000
1909	26 123 000	12 917 653	9 818 916
1908	16 127 000	11 813 511	9 838 000

Trotz des Niederganges der Konjunktur hat sich die deutsche Hochofenerzeugung während des ganzen Jahres in aufsteigender Kurve befunden. Die Rekordziffer weist den Monat Oktober 1913 mit 1 651 447 Tonnen auf, während der Oktober als Rekordmonat des Vorjahres mit 1 633 539 To. Erzeugung darunter blieb. Auch auf den Kopf der Bevölkerung berechnet, verzeichnet das Jahr 1913 mit 288,7 Kg. die höchste bisher erreichte Erzeugungsziffer. Die vorhergehenden Jahre weisen folgende Ziffern auf: 1912: 270,1; 1911: 237,5; 1910: 229,2; 1909: 202,2; 1908: 187,6; 1907: 210,1 Kg. Die Erzeugungsziffern der Monate Januar, Februar und März des Jahres 1914 beweisen, daß die Ermattung, von der die Eisenindustrie seit geraumer Zeit ergriffen worden ist, nunmehr auch auf die Hochofenerzeugung übergegangen ist. Im Vergleich zu den gleichen Zeiträumen des Jahres 1913 gestaltet sich die Roheiserzeugung im Januar, Februar und März 1914 folgendermaßen:

	1914	1913	Abnahme
	To.	To.	To.
Januar	1 566 505	1 611 345	44 840
Februar	1 445 511	1 493 877	48 366
März	1 602 714	1 628 190	25 476

Die Ausfuhrziffer ist gegenüber der großen Erzeugungsziffer nur unbedeutend. Im Jahre 1913 hatte sie, im Vergleich zu 1912, einen Rückgang von rund 200 Tonnen erfahren. Die geringe Ausfuhr ist ein Beweis, daß die heimische weiterverarbeitende Eisenindustrie die großen Roheisenmengen fast ganz aufnehmen vermag. Das Bemerkenswerteste an den Ein- und Ausfuhrziffern bleibt die Tatsache, daß relativ wie absolut die Einfuhrziffern in den letzten 7 Jahren ständig zurückgegangen sind, während andererseits in demselben Maße die Ausfuhrziffern gestiegen sind. Die nachstehenden Ziffern zeigen das deutlich.

Die Roheisenversorgung des deutschen Zollgebietes.

Im Jahre	Erzeugung	Einfuhr	Ausfuhr	Ausfuhr-Überschuß	Roheisenversorgung
1913	19 209,2	126,2	858,4	+730,2	18 579,0
1912	17 868,9	139,5	1058,8	+919,3	16 949,6
1911	15 579,3	131,3	832,2	+709,9	14 878,4
1910	14 793,3	136,3	786,9	+650,6	14 142,3
1909	12 917,6	134,2	471,0	+336,8	12 801,8
1908	11 813,5	252,8	257,9	+ 5,1	11 808,5
1907	13 045,8	443,6	275,2	-165,4	13 214,2

Die Spannung zwischen der Erzeugungszunahme und der Roheisenversorgung ist gegenüber dem Jahre 1912, in dem sich das Verhältnis auf 14,79 und 14,4 Prozent stellte, größer geworden. Sie betrug im Jahre 1913: 1,54 Prozent. Während die Erzeugung um 8,06 Prozent zunahm, zeigte die Roheisen-

versorgung eine Zunahme von 9,6 Prozent. Im allgemeinen hat die Eisenindustrie keinen Grund, über die Ergebnisse des Außenhandels zu klagen. Sie hat in ihren Ergebnissen zweifellos einen weiteren Aufschwung zu verzeichnen, während die beiden ersten Monate des Jahres 1914 bereits auf eine Ruhepause hinweisen, die im deutschen Außenhandel und so auch in den Ausfuhrergebnissen der Eisenindustrie eingetreten ist. Diese Ruhepause im deutschen Außenhandel kommt aber auch im internationalen Wirtschaftsleben zum Ausdruck, denn der englische und französische Außenhandelsausweis läßt den gleichen, auf eine starke Ausdehnung eingetretenen Stillstand erkennen. Der Aufschwung von 1913 ist teils auf die großen noch im Jahre 1912 gekätigten Aufträge zurückzuführen, teils darauf, daß infolge des fehlenden inländischen Absatzes die Eisenindustrie bestrebt war, sich unter erheblichen Preisnachlässen die ausländischen Aufträge zu erhalten, um so Betriebseinschränkungen und damit verbundenen Arbeiterentlassungen vorzubeugen. Wie schon hervorgehoben, sank die Roheiseinfuhr von 139 500 Tonnen im Jahre 1912 auf 126 200 Tonnen im Jahre 1913. Namentlich Großbritanniens und Oesterreichs Ausfuhr von Roheisen nach Deutschland ging zurück, während dieselbe Schwedens eine kleine Steigerung erfuhr. Noch stärker als die Roheiseinfuhr verringerte sich die Roheisenausfuhr (von 1 058 800 Tonnen auf 856 400 Tonnen). An der Verminderten Ausfuhr nehmen besonders die Bestimmungsländer Belgien, Holland, Frankreich, Rußland und Italien teil.

Bekanntmachungen des Verbandes

Da die Beiträge immer für die kommende Woche im voraus zahlbar sind, so ist für Sonntag, den 10. Juli der dreißigste Wochenbeitrag für die Zeit vom 10. Juli bis 25. Juli fällig.

Die Zählkarte

zur Reichsarbeitslosenstatistik für das zweite Vierteljahr ist von den Verwaltungsstellen Braunschweig, Bauen, Cassel, Dessau, Duderstadt, Falkau, St. Georgen, Sena, Lamspringe, Leipzig, Lindau, München, Neustadt, Pegnitz, Siegen und Straßburg nicht eingelangt, trotz wiederholter Aufforderung. Die Vorstände dieser Verwaltungsstellen seien hierdurch eindringlich daran erinnert, daß es ihre Pflicht ist, die Zählkarte an jedem Monatschluß regelmäßig einzufenden.

Die Vierteljahrsabrechnung

soll in den ersten Wochen des Monats an die Hauptverwaltung eingelangt werden. Es sei darauf aufmerksam gemacht, mit der Einendung nicht zum äußersten Termin — 4 Wochen nach Quartalschluß — zu warten, um auch der Hauptverwaltung die rechtzeitige Fertigstellung der Gesamtabrechnung zu ermöglichen.

Aus dem Verbandsgebiet

Dortmund. (Bauarbeiter-Schulkonferenz.) Hier fand am 5. Juli eine Bauarbeiter-Schulkonferenz für die Provinz Westfalen statt. Sie war gut besucht und nahm einen anregenden und erfolgversprechenden Verlauf. Im Gegensatz zur Stadt Düsseldorf, die zu der vor einigen Wochen dortselbst stattgefundenen Bauarbeiter-Schulkonferenz keinen Vertreter entsandt hatte, war in Dortmund Herr Stadtbaurat Kullreid als Vertreter der Stadt erschienen. Die Rheinisch-Westfälische Bauwerks-Vereinsgenossenschaft hatte ebenfalls einen Vertreter entsandt.

Referate erstatteten die Kollegen Beltum-Vochum vom christlichen Bauarbeiterverband und Butterbrodt vom Bauarbeiter-Schulsekretariat der christlichen Gewerkschaften. In die interessanten Darlegungen schloß sich eine ausgiebige Diskussion, in der auch die Schulbestrebungen für die baugewerblichen Metallarbeiter eingehende Würdigung fanden. Die angenommene Entschliesung bezieht sich mit der Nr. 27 veröffentlichten, sodaß es sich erübrigt, sie noch einmal wiederzugeben.

Selbstfalls sollten alle christlichen Gewerkschaftskartelle in Westfalen jetzt mit der Einführung von Bauarbeiter-Schulkommissionen Ernst machen. Diese können durch zielbewusste Tätigkeit nicht nur den Bauarbeiter-Schutz vorwärts bringen, sondern auch zu ihrem Teil mitwirken an der Organisation der baugewerblichen Metallarbeiter. Ohne Organisation ist ein wirklicher Arbeiter-Schutz nicht zu denken.

Duisburg. Verwaltungsstelle. Zehntausende Metallarbeiter stehen im Bereich unserer Verwaltungsstelle der gewerkschaftlichen Organisation fern. Die von uns seit Jahren betriebene planmäßige und intensive Werbearbeit hatte, abgesehen von unermüdlichen Rückschlägen, ein festes Steigen der Mitgliederzahl zur Folge. Vollständig befriedigen konnte jedoch das Tempo des Vormarsches nicht. Alljährlich war besonders in den beiden Sommerquartalen die Mitgliederbewegung in der Regel nicht günstig. Die Ursache lag in der geringen Aufnahmezahl im 2. und 3. Quartal. Vom Jahre 1910 bis 1913 wurden in den ersten beiden Quartalen folgende Aufnahmezahlen erreicht.

Jahr	1910	1911	1912	1913
1. Quartal	310	386	241	364
2. Quartal	200	170	175	168

Diese Aufstellung zeigt, daß durchschnittlich im 2. Quartal nur halb soviel Neuaufnahmen erzielt wurden, als im ersten. Der Grund der geringeren Aufnahmezahl im zweiten Quartal gegenüber dem ersten lag hauptsächlich daran, daß im 2. Quartal Hausagitation nicht zu betreiben wäre, wie die Kollegen allgemein behaupteten. Durchdrungen von der Ueberzeugung, daß es möglich sein muß, auch in den Sommerquartalen der Mitgliederbewegung eine steigende Tendenz zu geben, wurden alle Mittel, die geeignet schienen uns vorwärts zu bringen, eingehend geprüft. In früheren Jahren wurde versucht, an mehreren Sonntagen in den Sommermonaten die Hausagitation durchzuführen. In keinem Falle gelang es, die notwendige Beteiligung zu erzielen. Auch wurden meistens die Unorganisierten nicht angetroffen. Deshalb mußte versucht werden, an Wochentagen die Hausagitation durchzuführen. Das ging um so eher, als in den meisten Betrieben zurzeit die Ueberstunden abgeschafft oder doch wesentlich eingeschränkt sind. Die Kollegen mußten also Zeit haben, mitzukommen. Eine allgemeine Verzeamsmännerkonferenz beschloß sich mit der Sachlage und setzte für die Zeit vom Mittwoch, den 24. Juni, bis Mittwoch, den 1. Juli eine Werbemache fest.

Es fehlte nicht an Schwarzsehern, die glaubten, voraussetzen zu müssen, daß die ganze Aktion ein Schlag ins Wasser

Bei diesen konnte folgendes entgegeng gehalten werden: Alle Kollegen, die guten Willen zur Mitarbeit haben, können sich darauf einrichten, weil sechs Wochen vor Stattfinden der Agitation die Einzelheiten des Planes bekannt sind. Ende Juni sind die Tage so lang, daß es unseren Agitatoren leicht ist, die Wohnungen der Unorganisierten zu finden. Wegen mangelhafter Beleuchtung brauchte kein Kollege die Treppe herunter zu fallen. Solche Kollegen, die in der ersten Woche Nachschicht haben, können in der zweiten Woche mitarbeiten. Unorganisierte, die wegen Nacharbeit in der ersten Woche nicht zu treffen sind, können in der zweiten Woche besucht werden.

Diese Gründe wirkten. Um den Boden für die Werbeaktion vorzubereiten, wurde eine planmäßige, öffentliche Aufklärungsarbeit durchgeführt. Wir verteilten zwei Flugblätter.

Das erste wies den Indifferenten an Hand der hiesigen wirtschaftlichen Verhältnisse die Notwendigkeit der Organisation nach. Das zweite Flugblatt widerlegte die Einwände der Indifferenten gegen die Organisation. Tag für Tag erschienen während der Agitationswoche Werbeartikel in der uns zur Verfügung stehenden Tagespresse. Um die Kollegen zur zahlreicheren Beteiligung an der Hausagitation zu veranlassen, fanden in der Woche vor der Werbeaktion in allen Ortsgruppen unserer Verwaltungsstelle außerordentliche Mitglieder-versammlungen statt. Nach einheitlichen Gesichtspunkten wurde in den Versammlungen auf die Kollegen eingewirkt. Die Flugblatt-agitation, Aufklärungsarbeit in der Presse und in den Versammlungen lösten eine günstige Stimmung bei unseren Kollegen aus. In der Hausagitation beteiligten sich 115 Kollegen. Sie machten 1019 Hausbesuche und erzielten 110 Neuaufnahmen. (Bravo Red.) Besonders günstige Resultate können die Ortsgruppen Hochfeld, Reudorf, Meiderich, Marg-Loß, Bachholz und Großenbaum buchen. Erfreulicherweise befinden sich unter den genannten auch solche Gruppen, die im 1. Quartal einen Mitgliederzuzug zu verzeichnen hatten. Auffallend ist es, daß in Beck keine Aufnahmen erzielt wurden. Diese Gruppe müßte, bei dem vorhandenen Stab geschulter Kollegen ganz andere Werbeergebnisse verzeichnen. Wir hoffen, daß die Becker Kollegen die Ursachen des Mißerfolges ergründen werden und entsprechende Gegenmaßnahmen treffen.

Sehr schlecht war die Beteiligung in Wanheimerort. Keine Hausagitation hat stattgefunden in den Sektionen Obermeiderich, Bruchhausen und Rheinhausen. Wir hoffen, daß die genannten Gruppen das Versäumnis umgehend nachholen. Das zweite Quartal brachte uns eine Aufnahmeziffer von rund 340, gegen 318 im 1. Quartal. Ein solch günstiges Werbeergebnis hatten wir noch in keinem 2. Quartal zu verzeichnen. Damit ist auch der Beweis erbracht, daß trotz äußerer ungünstiger Verhältnisse, auch heute noch Erfolge erzielt werden können, wenn alle Werbemethoden in zweckentsprechender Weise Anwendung finden.

Auch das laufende Quartal muß uns vorwärts bringen. Groß ist die Zahl der Unorganisierten, die bei der Hausagitation versprochen haben, sich in einigen Wochen der Organisation anzuschließen. Jede Ortsgruppe muß dafür sorgen, daß diese Leute auch besucht werden. Vor allen Dingen darf die Kleinagitation in Betriebe keine Vernachlässigung erfahren. Nicht große kostspielige Versammlungen bringen uns dauernde Erfolge, sondern die ständige und zähe Kleinarbeit aller Kollegen. Dem letzten Verbandskollegen rufen wir zu: Auf zur energischen Werbearbeit für den Christlichen Metallarbeiterverband Deutschland.

(Anmerkung der Red. Das vorstehende Ergebnis der Sommerhausagitation der Verwaltungsstelle Duisburg beweist, was wir christlichen Metallarbeiter auch im Sommer können, wenn wir nur wollen. Alle Verwaltungsstellen und Sektionen sollten sich dieses Beispiel zum Muster nehmen und sofort eintreten in eine fröhlich-fröhliche Werbearbeit. Es geht, und man erzielt auch Erfolge, wenn man nur will.)

Stuttgart. Wie schon berichtet, sind bei Bosch in Stuttgart die Gelben eingezogen. Zur Aufklärung über den Scha-

den, den sich die Arbeiter durch die Gelbsucht selber beifügen ließ unsere hiesige Ortsverwaltung das Flugblatt „Der Gelbentag in Saarbrücken“ an die Arbeiter der Boschwerke verteilen. Das Flugblatt scheint den Stuttgarter Metallgenossen zu gefallen; sie bringen es zum größten Teil in der roten „Tagwacht“ zum Abdruck. Jedenfalls tun das die Genossen deswegen, weil sie keine Zeit haben zum Kampf gegen die Gelben, alle Kräfte im roten Lager Stuttgarts sind nämlich angespannt zur gegenseitigen Bekämpfung, die hier zwischen Revisionisten und Radikalen in vollster Blüte steht.

Wer nun glaubt, die Genossen würden anschließend an den Abdruck des Flugblattes ebenfalls Stellung nehmen gegen die Gelben, der ist auf dem Holzwege. Nicht nur das wird unterlassen, sondern... o, Schmerz, laß nach... die Genossen ziehen die Gelegenheit an den Haaren herbei, um den christlichen Metallarbeiterverband und unsern Bezirksleiter Kollegen Gengler herunterzureißen. Wegen der unwahren Behauptungen über den Kollegen Gengler mußte die rote „Tagwacht“ eine preßgesetzliche Berichtigung einstecken.

Aus den Anjurien der Tagwacht sei folgendes herausgegriffen: der christliche Arbeitervermittler in Köln a. Rh. hätte Arbeitssuchende auf den Streik in den Stuttgarter Karosserie-fabriken aufmerksam gemacht, mit der Weisung, sie könnten dort in Arbeit treten. Warum denn so geschämig hinten herum „Tagwacht“? Man nenne doch Mann und Pferd, wer ist der christliche Arbeitsvermittler. Das ist auch eine von den Pauschal-Berichtigungen der „Tagwacht“, die zum Hezen und zur Ablenkung der Genossen in die Welt gesetzt werden.

Auf den übrigen Kofel einzugehen, verlohnt sich nicht der Mühe, es ist der alte Knochen, an dem die Genossen nagen. Das Märchen vom christlichen Streikbruch ist nun doch schon so alt und so vergriffen, daß damit nur noch bei ganz Beschränkten oder Bornierten Eindruck zu schinden ist.

Die rote „Tagwacht“ sollte anstatt über andere herzufallen, vor der eigenen Tür liegen, Haufen von Dreck liegen dort, die des Seiens harren. Aber bei den Genossen „ist die Scham längst zu den Hundsn geblasen.“ Diese Kennzeichnung, die sich die Genossen schon wiederholt gegenseitig an den Kopf werfen, zeigt, was los ist. Wildes Lohwabbu und Kampf aller gegen alle im Genossenschaft, hat die Genossenschaft in eine verwerfliche Situation gebracht. Die Mitglieder geben ihr haufenweise laufen. Allein die Stuttgarter Ortsverwaltung des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes verlor im letzten Jahre 5271 Mitglieder. Seiner „wunderbaren“ Latäts und der ungewerkschaftlichen Erziehung seiner Mitglieder hat der rote Verband diese Schlappen zu verdanken. Diese Methode hat es auch verschuldet, daß der Boschbetrieb heute gelb ist, und daß die Stuttgarter Metallarbeiter — wenn auch zähneknirschig — durch die Hamburger Sortiermaschine genannt Zwangsarbeitsnachweis müssen.

Im roten Parteilager wird der Stank immer größer. Ein Führer beschuldigt den anderen der verlogenen Heße und der bürgerliche Rabi wurde zur Reparatur der von Genossen rampontierten Genossenschaft in Anspruch genommen.

Diese schreienden Mißstände abzustellen, hätten die Stuttgarter Genossen alle Ursache. Doch, da sieht man mit ver-schränkten Armen zu. Wirklich, ein Schlagenderes Eingeständnis der eigenen Ohnmacht gibt es nicht. Man heßt, um über die Misere hinwegzutäuschen gegen die Christen. Das ist ja leichter wie praktische Arbeit, daß letzten Endes damit aber nur Hohlköpfen zu imponieren ist, dürfen schließlich auch einmal die Stuttgarter Sozialdemokraten einsehen.

Die christlichen Metallarbeiter warten das inzwischen ganz feilenmäßig ab, und arbeiten unermüdet, zielbewußt und mit größter Zähigkeit am Ausbau ihrer Organisation zum Wohle der Metallarbeiter und ihrer Familien, diemeist Rotkolter und Gelbsucht den Arbeiter nur um seinen Anteil am Produktions-ertrag prellen.

Solingen. (Hirsch-Dunker'sche Inkongsequenz). In Solingen sind bekanntlich die Waffenarbeiter ausgesperrt. Als nun bei den kürzlich stattgefundenen Verhandlungen sowohl

unser Verbandsvertreter als auch der des Deutschen Metallarbeiterverbandes nicht für die Aufrechterhaltung der Monopolverträge des Industriearbeiterverbandes in der Waffenbranche zu haben waren, tat letztere Lokalorganisation sehr aufgebracht. In ihrem Organ „Der Stahlwarenarbeiter“ genannt, zogen sie gründlich vom Leder. Wenn man eine solche Haltung auch nicht gutheißen kann, so kann man das aber schließlich verstehen, denn der Industriearbeiterverband ist nicht nur Partei sondern auch eine Lokalorganisation, die zünftlerischen Anschauungen huldigt.

Der „Regulator“, das Organ des Gewerkevereins der Maschinenbau- und Metallarbeiter (Hirsch-Dunker), also einer Zentralorganisation fühlt sich bemüht, die Monopolverträge der Solinger Lokalorganisation zu verteidigen. In seiner Nr. 28 widmet der „Regulator“ der Sache nicht nur einen eigenen Artikel, den er: „Ein Trueriespiel“ betitelt, sondern er verschwendet außerdem vier Spalten seines weißen Papiers zum Abdruck eines Artikels aus dem „Stahlwarenarbeiter“. Seine eigene Meinung faßt der „Regulator“ dahin zusammen: „... die beiden Metallarbeiterverbände... haben die Sache der Arbeiter durch ihr Verhalten schwer geschädigt.“

Nein, umgekehrt wird ein Schuh draus. Entweder hat der „Regulator“ nicht begriffen, um was es sich handelt in Solingen, und dann muß ihm verziehen werden. Geistig Arme sind nicht verantwortlich für ihr Tun und Lassen. Es ist auch möglich, daß das Blatt weiß was los ist, und dann ist sein Verhalten inkongruent, wenn man nicht gar annehmen will, daß der „Regulator“ mit seiner Salbaderlei eine bössartige Verbächtigung im Schilde führt. Die Dinge liegen doch so in Solingen, daß die Zentralverbände sich nicht für den Monopolvertrag des Lokalverbandes an den Laden legen wollen. Und das ist nicht nur ihr gutes Recht, sondern ihre Pflicht. Man kann doch keinen Menschen zwingen, einer bestimmten Organisation beizutreten. Dafür sind die Anschauungen zu verschieden. Daß die Waffenarbeiter nicht reflexlos den Anschauungen der Lokalorganisationen huldigen, geht schon daraus hervor, daß sowohl im christlichen als auch im Deutschen Metallarbeiterverband Kollegen aus der Waffenbranche organisiert sind. Daher haben die Zentralverbände die Pflicht, dafür zu sorgen, daß der Monopolvertrag fällt, damit ihre Mitglieder ebenfalls Arbeit erhalten können in der Waffenbranche und vor Schikanierungen und Brotlosmachung bewahrt bleiben.

Wenn der „Regulator“ nur einen Funken von Rechtfertigungsgefühl besitzt, muß er zugeben, daß die Zentralverbände gar nicht anders handeln können. Nach der „Regulator“-Logik und Kongruenz müssen die Mitglieder der Zentralverbände zunächst kämpfen, um eine Verschlechterung abzumehren und zum Dank dafür müssen sie dann laut Vertrag aus der Zentralorganisation austreten und sich der Lokalorganisation anschließen, wenn sie nicht brotlos werden wollen.

Wir möchten einmal sehen, wie der „Regulator“ austrumpfen würde, wenn die Hirsche irgendwo mitgekämpft hätten und nachher einem Vertrag zustimmen sollten, der ihre Mitglieder in die gegnerische Organisation zwingt.

Der „Regulator“ als Organ einer Zentralorganisation unterstützt also das terroristische Verhalten eines Lokalverbandes. Das ist inkongruent und unlogisch. Bieleicht geschieht es auch, um die eigenen Mitglieder vor der schwebsten Situation, die die Betrageerhöhung im Hirsch-Dunker'schen Lager auslöste, abzulenken. Diese „Heldentat“ des Hirsch-Dunker'schen Blattes werden die Solinger Metallarbeiter gebührend würdigen.

Sterbetafel

Crefeld. Am 10. Juli verschied nach schwerer Krankheit unser langjähriger Kollege Wilhelm Engbrocks im Alter von 44 Jahren.

Schweinfurt. Am 5. Juli starb unser treuer Kollege Andreas Schmittknecht im Alter von 53 Jahren an Lungenerkrankung.

Ehre ihrem Andenken!

Versammlungs-Kalender

Kollegen und Kolleginnen!

Versäumt ohne Grund keine Versammlung!

Samstag, 18. Juli.

- Cannstadt. Abds. 8.30 Uhr im Eogl. Arbeitervereinshaus.
- Crefeld-Vodcum. Abends 9 Uhr bei Lenger.
- Effen. Auf- und Wagenstriebe. Abends 9 Uhr öffentliche Versammlung bei Spahn, Steelerstr. 24.
- Effen. Elektromonteur und Hilfsmonteur. Abends 8.30 Uhr im Ledigenheim, Weberplatz, Zimmer 32.
- Freiburg i. B. Abends 8.30 Uhr im Gaarbräu.
- Hilden Rhld. Abends 8.30 Uhr im Gefellenhaus, Kirchhofstr.
- Homburg. Abends 8.30 Uhr im „Homburger Hof“.
- Hörsing. Abends 8.30 Uhr bei Endwig, Mittelstraße.
- Halle. Abends 8.30 Uhr im Gefellenhaus, Bärgasse.
- Köln-Stadt. Bauwerkstoffe. Abends 9 Uhr „zur Ratsmühle“.
- Köln-Denz. Abends 9 Uhr „zur Krone“, Freiheitstr. 19.
- Köln-Humboldtthalonia. Abends 8.30 Uhr bei Huth, Nassaustr.
- Krefeld-Vodcum. Abends 9 Uhr bei Benger.
- Pforzheim. Abends 8 Uhr Untere Auguste 21.
- Solingen. Abends 9 Uhr bei Borghoff.

Sonntag, 19. Juli.

- Ahler. Vormittags 11.30 Uhr bei Mehring.
- Berlin-Oberschöneweide. Abends 7 Uhr bei Meisch.
- Crefeld-Lobberich. Morgens 11 Uhr bei Krummeich.
- Dortmund-Witten. Vormittags 10.30 Uhr bei Wibecke, Auguststraße.
- Düsseldorf-Singern. Vorm. 11 Uhr bei Boosen, Hoffeldstr.
- Düsseldorf-Gerresheim. Vorm. 11 Uhr in Steinmanns Lokal, Grünlingerstraße.
- Düsseldorf-Rath. Vorm. 11 Uhr bei Hilben, Oberrathstr.
- Eifel-Deffern. Vormittags 11 Uhr bei Keller, „zum Kaiser-Friedrich-Denkmal“.
- Essen. Morgens 11 Uhr bei Haarhaus.
- Hamborn. Nachm. 2.45 Uhr bei Meinhans am Rathhaus, gemeinsame Versammlung der Ortsgruppen Hamborn, Marg-Loß und Bruchhausen.
- Karlsruhe-Durlanden. Nachm. 3.30 Uhr im „Hirsch“.
- Köln-Stadt. Heizungsmonteur. Morg. 11 Uhr „zur Ratsmühle“.
- Köln-Rath. Morg. 11 Uhr bei Häutigberg, Breuerstr. 14.
- Köln-Poll. Morg. 11 Uhr bei Fußbender, Hauptstr. 28.
- Krefeld-Stadt. Morgens 11 Uhr in der Reichshalle.
- Kref. Vorm. 11 Uhr im Lokale zum Amtsgericht, Breiterstr.

Oberhausen. Nachm. 3 Uhr bei Kemmerling. Jugendliche mitbringen.

Odenkirchen. Morgens 10.30 Uhr bei Morjan an der Bell.

Oheim. Morg. 11 Uhr bei Schmitz, Frankfurterstr.

Rickath. Morgens 11 Uhr bei Bender.

Reichshof-Hellhausen. Vorm. 11 Uhr bei Hahn, Alte Brücke.

Werden-Stadt. Morgens 11 Uhr bei Bergmann.

Montag, den 20. Juli.

Chemnitz. Jugendklasse. Abends 8.30 Uhr im Heim christlicher junger Männer, Heinenstraße.

Mittwoch, den 22. Juli.

Duisburg-Neudorf. Abends 8.30 Uhr bei Schrörs, Döhr.

Donnerstag, den 23. Juli.

Grüne. Jugendklasse. Abends 8.30 Uhr im Vereinslokale.

Freitag, den 24. Juli.

Gaggenau. Abends 8 Uhr im Bahnhöf.

Samstag, den 25. Juli.

Crefeld-Stadt. Heizungsmonteur. Abends 8.30 Uhr.

Berlin. Abends 8.30 Uhr in Schulz Festhale, Königgraben 2.

Boon. Abends 8.30 Uhr bei Birg.

Dortmund 1. Abends 9 Uhr bei Kroll, Körnerplatz.

Eisenach. Abends 8.30 Uhr im „Weinmischer Hof“.

Reifein-Sundern. Abends 8.30 Uhr Quartals-General-Versammlung bei Pingel.

Wuppertal. Abends 8.30 Uhr im Gasthaus „Vier Jahreszeiten“.

Wald. Abends 8 Uhr bei Hammesfahr.

Wermelskirchen. Abends 8.30 Uhr im Ratskeller.

Sonntag, den 26. Juli.

Berndorf. Vorm. 11 Uhr bei Wegener, Mittelstraße.

Dortmund Ortsverwaltung. Generalkassensitz; punkt 1 Uhr Abmarsch des Festzuges vom Hohentwiel.

Düsseldorf-Oberbilk. Vorm. 11 Uhr bei Wölges, Ellerstraße.

Düsseldorf-Unterbilk. Vorm. 11 Uhr bei Keulerg, Kürtenstraße.

Kieser. Morgens 11 Uhr bei Forner.

Verbandsmitglieder!

Werft keine gelelenen Zeitungen fort, sondern gebt sie an Unorganisierte weiter.

Von wohlstutierten Leuten wenig benützte

Herren-Garderoben

erhalten Sie sehr preiswert vom

Garderoben-Verlандаhaus b. Spielmann

München, Dachauerstraße 4.

Frühjahrs-Kaletots und Winter von 10 bis 45 Mr.

Sacco-Anzüge 1- und 2-reibig von 12 bis 48 Mr.

Joppen, Hosen, Wetterfragen etc. etc.

Hier nicht angeführtes im Katalog. Verlangen Sie ohne Verbindlichkeit illust. Veracht-Katalog H gratis und frei. Für nichtkonvertierende Waren erhalten Sie Geld retour.



Ganz vorzüglich und speziell für kurze Pfeifen sind die berühmten Sorten

Knirps-Grüll

Nr. 25 1/4 Pfd. 25

Nr. 30 1/4 Pfd. 30

Überall käuflich!

Dörfelt — Rees am Rhein.

Prima Nusschinken

per Pfd. 1.20 Mr. Durchmach.

Schoc. p. Pfd. 85 Pfg. Mettmurk, hart, Breckurth, Leberwurk p. Pfd. 70 Pfg. Kaiserjagdwurst und Prekowi per Pfd. 90 Pfg. Cervelatwurst n. Salsami per Pfund 1.20 Mr. empfiehlt per Nachnahme Carl Böger, Wurstfabrik, Glogau.

Teilzahlung

Uhren u. Goldwaren.

Photo-, optische Artikel,

Sprechmaschinen.

Musikinstrumente,

Spielwaren, Zithern

H. S. W.

Kataloge gratis und franco liefern

Jonass & Co. BERLIN A. 741

Belle-Alliancestr. 3

baubsägerei

Kerbschnitt und Holzbrand

Werkzeug, Holz, Vorlagen etc. in

günstigster Ausführung. Katalog gratis.

1. Handel, Mollathal 99 Pflz.

! Kollegen !

Agitiert für den

Verband.